

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



4 / 2011

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de

Ursula Münch zur neuen Direktorin ernannt

„Als renommierte Politikwissenschaftlerin werden Sie die Akademie für Politische Bildung in Tutzing weiter nach vorn bringen.“ Dies betonte Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle, als er Ende Oktober der neuen Akademiedirektorin Ursula Münch die Ernennungsurkunde aushändigte. Er ergänzte: „Sie werden die Akademie in hervorragender Weise leiten und ihr neue Impulse geben.“ Die Akademie genieße entsprechend dem hohen Anspruch als Ort der politischen Visionen und des politischen Diskurses ein Höchstmaß an Eigenständigkeit, die immer auch als Chance und Verpflichtung herausfordere.

Die Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München war vom Kuratorium der Akademie unter Vorsitz des ehemaligen Kultusministers Hans Maier gewählt worden. Sie trat ihr Amt am 1. November an. Auch wenn sie sich künftig auf die Arbeit in der Akademie konzentriert, wird sie in Zukunft gelegentlich an ihrer ehemaligen Universität lehren und ihre Doktorandinnen und Doktoranden betreuen.

Lesen Sie mehr über die Person und die Karriere von Ursula Münch und ihre Ideen für die zukünftige Arbeit der Akademie ab Seite 3



Kultusminister Ludwig Spaenle händigt der neuen Akademiedirektorin Ursula Münch die Ernennungsurkunde aus Foto: StMUK

„Ein Meister seines Fachs“ geht Direktor Oberreuter nach 18 Jahren verabschiedet

Oberreuter geht und fast alle kamen: Es gab einen ganz großen Staatsbahnhof für den scheidenden Akademiedirektor Heinrich Oberreuter. Zu seiner Verabschiedung nach 18 Jahren Amtszeit fanden sich über 300 Gäste und Spitzenrepräsentanten des Freistaats Bayern aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien ein, angeführt von Ministerpräsident Horst Seehofer, Landtagsvizepräsident Reinholt Bocklet, Alt-Ministerpräsident Edmund Stoiber, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude und Ex-Finanzminister Theo Waigel.

Siehe Seite 8



Gute Laune beim festlichen Abschiedsempfang für Heinrich Oberreuter (Mitte): Über 300 Gäste und prominente Repräsentanten des Freistaats Bayern – angeführt von Ministerpräsident Horst Seehofer (rechts) und seinem Stellvertreter Martin Zeil – gaben dem scheidenden Akademiedirektor die Ehre.
Foto: Bormeth

Mitten hinein in die dichte Abfolge europäischer Krisengipfel rund um die Euro-Rettung passte das Akademiegespräch im Landtag mit der früheren Oberbürgermeisterin von Athen und ehemaligen griechischen Außenministerin Dora Bakoyannis.

Sie plädierte leidenschaftlich für die Unterstützung ihres Landes und den Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone. Gleichzeitig warf sie den griechischen und europäischen Politikern und Regierungen schwere Versäumnisse vor. Das 44. Akademiegespräch in 15 Jahren war das letzte unter der Federführung des scheidenden Akademiedirektors Heinrich Oberreuter.

Siehe Seite 11



Dora Bakoyannis

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bewährtes und zu Erprobendes	3
Zur Person: Ursula Münch	7
„Unvermeidlich, unabhängig und unerreicht“	8
<i>Akademiegespräch im Landtag:</i>	
Die griechische wird zur europäischen Krise	11
Jugend und Recht	12
Auf den Grundmauern der platonischen Akademie	13
Das Schiff Europa im Krisensturm	16
Note Drei für Europas Nordafrika-Politik	17
Ermittlungsmethoden auf dem neuesten Stand halten	18
Besuch beim „Drill im Idyll“	19
Modell Marktwirtschaft	20
Von der Einspruchs- zur Beteiligungskultur	21
<i>8. Tutzinger Radiotage 2011:</i>	
Für eine neue Relevanz des Hörfunks	24
Beim Landkreislauf der Kälte getrotzt	26
Die Revolution im Netz	27
„Virtuelle Revolutionen gibt es nicht“	30
Am Medienpuls der Hauptstadt	31
Ni hao Tutzing!	33
<i>7. Forum „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“:</i>	
Vertrauen und Verantwortung als Fundamente der Ökonomie	34
Erinnerung an einen Gründervater im Doppeljubiläumsjahr	37
Die wilden 60er Jahre	38
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	39
Pressespiegel	41
Themen – Tagungen – Termine	45
Namen und Nachrichten	48

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula **Münch**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, Dozentin (beurlaubt)
Internationale Politik

Dr. Ondrej **Kalina**

Pers. Referent der Direktorin
Europäische Integration
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Mayer**
Zeitgeschichte

Dr. Anja **Opitz** (kommissarisch)
Internationale Politik

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Michael **Spieker**
Ethische und theoretische
Grundlagen der Politik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Online-Redaktion:
Sebastian Haas

Organisationsreferat:
Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Ursula **Münch**
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Dinauer GmbH
Geretsrieder Str. 10a 81379 München
Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Bewährtes und zu Erprobendes

Die neue Direktorin Ursula Münch über die künftige Arbeit der Akademie

„Eine Demokratie ist kein Schlaraffenland, in dem der friedliche Bürger seinen Geschäften nachgehen und sich des Wirtschaftswunders freuen kann, sondern ein Zustand der täglichen, wohlgeübten und zur Gewohnheit gewordenen Wachsamkeit und Disziplin in den Grundfragen des politischen Lebens.“

Eric Voegelins Diktum in seiner Rede anlässlich des Festaktes zur Eröffnung der Akademie für Politische Bildung am 21. Februar 1959 ist eingängig und würde sicherlich – wäre es im Internet zu „ergoogeln“ – manche Festrede über Politische Bildung ziehen. Nicht nur in Voegelins damaligem Festbeitrag wird der Bürger in die Pflicht genommen. Es fällt auf, dass die Gründungsväter und -mütter der Akademie für Politische Bildung Tutzing die Verantwortung des Einzelnen für die Demokratie in den Mittelpunkt rückten. Sie sprachen sogar die Notwendigkeit an, die als Geschenk empfundene Freiheit zu verteidigen und für ihren Erhalt auch zu kämpfen. So stellte der damalige Oppositionssprecher und spätere Bayerische Ministerpräsident Hanns Seidel im Jahr 1956 fest, dass Politische Bildung in der Bereitschaft gipfele, die „freiheitliche Ordnung zu behaupten und für ihre Erhaltung auch persönliche Opfer zu bringen“. Die „eigentliche Bedrohung der Demokratie“, so Seidel, liege weniger in den „Angriffen von rechts und links“, als vielmehr in der Gefahr, „die aus der Schwäche kommt, die Freiheit zu begreifen und in der Freiheit zu leben und zu wirken.“

Globalisierte Mediengesellschaft

Heutzutage gehen wir nüchterner und gelegentlich sogar ernüchtert an die Frage nach dem Auftrag der Politischen Bildung in der globalisierten Mediengesellschaft heran. Dass ich mein Amt

als neue Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing dennoch mit Vorfreude und Zuversicht antrete, verdanke ich auch meinen drei Amtsvorgängern, allen voran meinem unmittelbaren Vorgänger im Amt, Professor Heinrich Oberreuter.



Ursula Münch ist seit dem 1. November die neue Akademiedirektorin: „Politische Bildung stärkt die Artikulationsfähigkeit und die Hörbarkeit der heranwachsenden Generation“

Foto: Haas

Es ist der beeindruckenden Aufbauleistung von Felix Messerschmid, dem langjährigen Wirken von Professor Manfred Hättich, vor allem aber der wissenschaftlichen wie politischen Tatkraft und der Medienpräsenz von Heinrich Oberreuter sowie den jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Akademie zu verdanken, dass die Akademie für Politische Bildung Tutzing heute eine so hervorragende Leistungsbilanz vorzuweisen hat. Oberreuters Verdienste dabei wurden jüngst bei seiner festlichen Verabschiedung, die wir in diesem Heft dokumentieren, ausführlich von prominenten Rednern gewürdigt (siehe Seite 8-10).

Unter der Leitung dieser Direktoren und mit Unterstützung des Kuratoriums und dessen drei Vorsitzenden (Oberbürgermeister Hans Rollwagen,

Ministerialdirektor Karl Böck und Prof. Hans Maier) hat sich die Akademie seit ihrer Gründung als überparteiliche Institution bewährt, die sich auf hohem wissenschaftlichen Niveau sowohl mit grundsätzlichen Problemen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft wie auch mit den entsprechenden aktuellen Fragen und künftigen Entwicklungen und Herausforderungen befasst.

Drastische Veränderungen

Den Wegbereitern der Akademie war daran gelegen, eine Institution ins Leben zu rufen, die – jenseits von den tagesaktuellen Aufgeregtheiten – Gelegenheit zum sachlichen Austausch bietet. Fast 55 Jahre nach Gründung der Akademie haben sich nicht nur die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen drastisch verändert. Gewandelt haben sich auch die Form und Geschwindigkeit von öffentlicher und individueller Kommunikation. Der Abstand zu einer oft genug irrational und getrieben wirkenden öffentlichen Debatte ist mehr denn je geboten, und ist doch gleichzeitig höchstens noch unter Mühen herzustellen.

Gehörtes und Erlebtes reflektieren

Wozu benötigt man in einer Zeit, in der scheinbar jede Information innerhalb von Sekunden abrufbar ist, überhaupt noch eine Bildungseinrichtung, die nicht nur die Steuerzahler Geld kostet, sondern ihren Besucherinnen und Besuchern neben Anreise und Teilnahmegebühren auch noch Sitzfleisch, Konzentrationsfähigkeit und vor allem intellektuelles Vermögen abverlangt? Was veranlasst zu der Annahme, dass der Austausch mit Referentinnen und Referenten aus Wissenschaft und Politik mehr hin-

terlässt als mühsam zu entziffernde Notizen, und warum sollte es nützlich sein, auch noch der Replik auf die fünfte Frage aus dem Publikum zuzuhören?

Die Antwort hierauf fällt denjenigen leicht, die selbst bereits entsprechende Erfahrungen gemacht haben. So ist das Spektrum und die Tiefe der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Problemen und Fragestellungen eine andere, ob ich die Rolle des Lesers, Zuschauers und auch Bloggers einnehme, oder ob ich mich bewusst darauf einlasse, womöglich mehrere Tage in einer ungewohnten Gruppenkonstellation nicht nur Referate von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung anzuhören und mit diesen zu diskutieren, sondern das Gehörte und Erlebte auch innerhalb des Teilnehmerkreises abzuwagen und kritisch zu reflektieren. Die Akademie für Politische Bildung Tut-

Bildung“ festgeschrieben, das der Bayerische Landtag am 30. Januar 1957 verabschiedete und das am 1. April 1957 in Kraft trat. Die Akademie wird also auch künftig weder das „An-Institut“ einer Universität noch eine sich nur der Politikberatung verschreibende „Denkwerkstatt“ sein. Stattdessen wird die Akademie auch weiterhin als Ort wirken, an dem die interessierten Mitglieder unserer Gesellschaft (die Einschränkung auf „Staatsbürger“ erscheint mir nicht mehr zeitgemäß) sich sowohl mit den Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Bezugswissenschaften wie mit den Amtsinhabern und Mandatsträgern aus Politik, Wirtschaft und Verbänden auseinandersetzen. Dieser fachliche Diskurs bietet nicht nur die Chance zur Reflektion über konkurrierende Diagnosen und Lösungsansätze aus Wissenschaft und Politik. Sie stellt vor allem auch einen Rahmen zum kriti-

ebenso einfließen wie motivations- und verhaltenstheoretische Grundlagen. Diese spielen nicht nur im Umgang mit jungen Menschen eine Rolle. Auch die politische Erwachsenenbildung kommt ohne diese Grundlagen nicht aus. Um verstärkt auch die Menschen anzusprechen, die die Angebote der politischen Bildung ansonsten zu meiden suchen, erscheint mir eine handlungs- und erfahrungsorientierte Konfrontation mit politischen Zielen und Grundfragen zum Beispiel in Form von Planspielen, Simulationen oder sogenannten Zukunftswerkstätten empfehlenswert.

Wandel und Differenzierung

Auch in anderer Hinsicht hat sich die Akademie für Politische Bildung auf veränderte Herausforderungen einzustellen. Der demografische Wandel



Zwischen diesen Fotos liegen rund 50 Jahre Akademiegeschichte: links das Gebäude Ende der 1950er-Jahre, rechts der Neubau mit Auditorium

zing ist zum einen eine solche Stätte der Auseinandersetzung über politische und gesellschaftliche Fragen sowie der Lehre und Forschung; zum anderen ist sie aber auch der geeignete Ort, um über die Ansprüche, das Selbstverständnis, die Philosophie sowie die Vermittlungsformen von politischer Bildung zu reflektieren.

Keine grundsätzliche Änderung

An dieser grundsätzlichen Ausrichtung der Akademiearbeit wird sich unter meiner Leitung nichts ändern. Schließlich ist dieser bewährte Auftrag bereits durch das „Gesetz über die Errichtung einer Akademie für Politische

schen Nachdenken darüber zur Verfügung, was „unter kluger Berücksichtigung hinzunehmender Gegebenheiten“ zu geschehen hat (Arnold Bergstraesser).

Didaktische Grundprinzipien berücksichtigen

Um diese Aufgabe bewältigen zu können, benötigt Politische Bildung neben der zentralen wissenschaftlichen auch eine pädagogische Fundierung: Auch wenn die Adressaten der Akademie vor allem Multiplikatoren und interessierte Mitglieder der Gesellschaft sind, so sollten didaktische Aspekte in die praktische Bildungsarbeit der Akademie

sowie die gesellschaftliche Differenzierung wirken sich in zweierlei Hinsicht auf die Politische Bildung aus: Zum einen werden sie inhaltlich zu deren Thema, zum anderen müssen die Anbieter und Multiplikatoren der Politischen Bildung mit Blick auf ihre Ansprechpartner auf den gesellschaftlichen Wandel reagieren. Wie kann und soll die Akademie für Politische Bildung Tutzing darauf reagieren, dass sich die Gesellschaft verändert, und wir „älter, weniger und bunter“ werden? Ein wichtiges Anliegen besteht darin, dem zahlenmäßig kleiner werdenden Teil der Gesellschaft von unter 20-Jährigen die Einsicht zu vermitteln, dass die Fähigkeit, Politik mit zu gestalten, nicht allein von der zahlenmäßigen Stärke

einer gesellschaftlichen Gruppe abhängig ist, sondern auch von der Intensität und der Qualität ihres Engagements. Und hier kommt die Politische Bildung ins Spiel: Sie stärkt die Artikulationsfähigkeit und damit die Hörbarkeit der Mitglieder der heranwachsenden Generation – und zwar sowohl derjenigen mit einer deutschen als auch derjenigen mit einer ausländischen Familiengeschichte.

Anleitung zur Teilhabe

Zum Aufgabenbereich der Politischen Bildung gehört neben der Vermittlung von Orientierungswissen auch die praktische Anleitung zur Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten und zum verantwortlichen Handeln im politischen Raum. Gerade jungen Menschen ist die Erfahrung zu vermitteln, dass sie durch ihr Engagement und ihr Verhalten aktiv dazu beitragen können, wie diese Gesellschaft in Zukunft aussehen wird. Indem Politische Bildung auch zur politischen Teilhabe motiviert, schafft sie die Grundlagen dafür, dass Menschen Beachtung und Anerkennung finden und sich selbst als wirksame Mitglieder der Gesellschaft wahrnehmen. Dieser Zusammenhang lässt sich nicht nur demokratietheoretisch begründen, sondern auch mit neueren Befunden der neurowissenschaftlichen Forschung, denen zufolge Aggression kein angeborener menschlicher Trieb ist, sondern in erster Linie eine Reaktion auf die Erfahrung von Ausgrenzung und Demütigung. Gelingt es, Menschen zu befähigen und zu motivieren, unsere politische und gesellschaftliche Ordnung mitzustalten, stellt dies auch einen Beitrag zur Verhinderung von gemeinschaftsschädlichen Aggressionen dar.

Politische Bildung darf sich nicht darauf beschränken, aus 100-prozentigen Demokraten 120-prozentige Demokraten zu machen. Vielmehr kommt ihr die schwierige Aufgabe zu, die wachsende Gruppe von Nichtwählern für die

Demokratie und die Gesellschaft zu gewinnen oder – realitätsnäher formuliert – diese Gruppe zumindest nicht größer werden zu lassen. Neben den genannten demografischen Veränderungen ist vor allem ein weiterer gesellschaftlicher Trend zu nennen, der die Politische Bildung herausfordert: Das ist der Umstand, dass die Lebensformen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auseinanderdriften. So konstatiert die jüngste Shell-Jugendstudie eine sich vergrößernde Kluft zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Ein Weg, um diese Kluft nicht noch größer werden zu lassen, könnte sein, an der Akade-

**„Das Motto für die künftige Arbeit der Akademie unter meiner Leitung lautet:
Fachwissenschaftlich ausgewiesen,
didaktisch fundiert, breit vernetzt,
unabhängig und dem Neuen
aufgeschlossen.“**

Ursula Münch

mie gezielt solche Gruppen zu bestimmten Fachthemen zusammen zu bringen, deren Mitglieder ansonsten selten oder gar nicht miteinander zu tun haben. Also zum Beispiel islamische Jugendliche und ausländerfeindlich eingestellte junge Leute, Manager und arbeitslose Akademiker, Senioren sowie Schülerinnen und Schüler.

Seismograph für Themen

Unsere Akademie mit ihrem Anspruch und ihrer Geschichte ist auch ein Ort, an den die Praktiker gern kommen. Sie profitieren davon, dass sie mit Anregungen, Ideen, aber auch dem Widerspruch sowohl aus der Wissenschaft als auch zum Beispiel von den Multiplikatoren konfrontiert werden. Und sie profitieren von der Funktion der politischen Bildung als Seismograph für die öffentliche Wahrnehmung von Themen und Problemen. Neben den genannten Veränderungen bei den Adressaten politischer Bildung („älter, weniger und bunter“) sieht sich die

Politische Bildung vor allem dadurch fundamentalen Veränderungen ausgesetzt, dass sich die inneren Funktionsbedingungen der Demokratie in den letzten Jahrzehnten weitreichend verändert haben. Und sie werden sich unter den Bedingungen von Globalisierung, Medialisierung und gesellschaftlichem Wandel noch weiter verändern.

Bewährungsprobe der Demokratie

Vor diesem Hintergrund werden zu den künftigen inhaltlichen Schwerpunkten der Akademie für Politische

Bildung Tutzing neben der hier bereits längst etablierten Parlamentsforschung, der komparativen Parteien- und Partizipationsforschung sowie der vergleichenden Föderalismus- und Regionalismusforschung auch sozial- und gesellschaftspolitische Themen gehören.

Die Veränderungen in den Rahmenbedingungen von Gesellschaft und Wirtschaft, allen voran die Auswirkungen der Globalisierung, der internationalen Finanzkrise, der Digitalisierung weiter Lebensbereiche sowie des demografischen Wandels drängen dazu, dass wir uns wieder mit einem Thema befassen, das in den letzten Jahren – scheinbar zumindest – in der öffentlichen Wahrnehmung etwas an den Rand gedrängt wurde: Zur Beantwortung der Frage, in welcher Gesellschaft wir künftig leben wollen, müssen wir uns mit der Begründung von sozialpolitischem Handeln in Geschichte und Gegenwart ebenso auseinandersetzen wie mit Konzepten und Perspektiven erstens für die Zukunft des Sozialstaates, zweitens für die Entwicklung von gesellschaftlicher Zugehörigkeit und Teilhabe unter den Bedingungen der digitalen und globalen Mediengesellschaft und drittens für die Gewährleistung der Freiheit unter sich veränderten nationalen und internationalen Rahmenbedingungen. Diese Fragen nach den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedin-

gungen unseres künftigen gesellschaftlichen Miteinanders erscheinen mir ebenso zentral wie die nach der Entwicklung von Demokratie und der Idee der Gerechtigkeit angesichts des Bedeutungsgewinns von staatlicherseits nur bedingt beeinflussbaren Akteuren und Größen wie den internationalen Finanzmärkten. Nicht nur die Finanzkrise 2008/2009 und die aktuelle Staatsschuldenkrise sowie der sich verstärkt artikulierende Unmut von



Der Unmut der Bevölkerung stellt unser politisches System vor eine schwere Bewährungsprobe

Foto: Wikimedia Commons

Bürgerinnen und Bürgern über die als Hilflosigkeit wahrgenommenen Reaktionen der nationalen und supranationalen Akteure stellen unser politisches System sowie die gesamte Europäische Union vor eine schwere Bewährungsprobe. Gleichzeitig erleben wir den Kontrollverlust des Staates angesichts der Komplexität digitaler Systeme.

Diese neue Abhängigkeit des Rechts und der Politik vom digitalen Code birgt Risiken: So erheben die politisch Verantwortlichen in dieser zentralen Dimension einerseits einen mit der Notwendigkeit der Kriminalitätsbekämpfung zu begründenden weitreichenden Anspruch auf Datenerhebung und Datenspeicherung, müssen andererseits aber angesichts ihrer Abhängigkeit von privaten Softwareanbietern eine drastische Einschränkung ihrer Handlungs- und Gestaltungskompetenz hinnehmen. Neben diesen

demokratietheoretisch so bedeutungsvollen Themen werden auch künftig Fragen der Internationalen Beziehungen die notwendige Aufmerksamkeit erhalten: Wir erleben eine epochale Neuverteilung der internationalen Kräfteverhältnisse.

Neuverteilung internationaler Kräfte

Die westlichen Staaten werden an Einfluss verlieren, neue große Mächte wie China und Indien streben nicht nur auf den Weltmärkten, sondern auch in der Weltpolitik nach größerem Einfluss. Sie wollen die Regeln der internationalen Ordnung mitbestimmen – sei es in den internationalen Organisationen oder in strategischen Schlüsselregionen wie Afrika und Zentralasien.

wert bilateraler und multilateraler Beziehungen in Politik und Wirtschaft befassen.

Demokratie hängt nicht nur von der Qualität der Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber ab. Sie hängt vor allem von der Urteils- und Auswahlfähigkeit derjenigen ab, die den Amtsinhabern ihr Vertrauen aussprechen und sie in die Ämter wählen. Diese Kritik- und Urteilsfähigkeit wird unter den Bedingungen der Mediendemokratie und der Entwicklung in Richtung Expertengremiedemokratie stärker denn je herausgefordert. Die Akademie für Politische Bildung Tutzing ist der Ort in Bayern und für ganz Deutschland, an dem diese Herausforderung sachkundig und in Äquidistanz zu den politischen Parteien und den Interessengruppen angenommen wird.



Die westlichen Staaten werden in Zukunft an Einfluss verlieren – hier das Gebäude des Europarats in Strassburg

Der Blick auf die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaats Bayern sowohl zu den Nachbarstaaten als auch zu gegenwärtigen und künftigen großen Mächten trägt gerade in Zeiten von Globalisierung und europäischer Finanzkrise dazu bei, die Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union samt ihren subnationalen Einheiten besser zu verstehen. Daher wird sich die Akademie für Politische Bildung Tutzing auch künftig mit dem Stellen-

Mein Ziel besteht darin, die bisherigen Erfolge der Akademie in Forschung und Lehre zu verstetigen und diese einzigartige Einrichtung in Zeiten der wachsenden Herausforderungen in eine perspektivenreiche Zukunft zu führen. Vor diesem Hintergrund lautet das Motto für die künftige Arbeit der Akademie unter meiner Leitung: Fachwissenschaftlich ausgewiesen, didaktisch fundiert, breit vernetzt, unabhängig und dem Neuen aufgeschlossen. ■

Ursula Münch

Zur Person: Ursula Münch

Wir stellen die neue Direktorin vor

Die akademische Karriere von Ursula Münch begann am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) mit dem Studium der Politischen Wissenschaften, Geschichte, Kommunikationswissenschaften und Psychologie.

Ein Fulbright-Stipendium für American Studies führte sie in die USA. 1989 war sie von der LMU mit einer Dissertation zur „Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ promoviert worden. Es folgte eine Assistenzprofessur an der University of Minnesota, Minneapolis (USA).

1996 wurde ihr von der LMU die Lehrbefähigung für das Fach „Politische Wissenschaft“ auf Grundlage einer Habilitationsschrift zum Thema „Sozialpolitik und Föderalismus“ verliehen. Nach der Vertretung mehrerer Professuren bzw. Lehrstühle war Ursula Münch 1999 zur Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München berufen worden.

Familie und Föderalismus

Nach mehrjährigem Prodekanat leitete sie seit 2009 und bis zu ihrer Berufung an die Akademie für Politische Bildung als Dekanin die dortige Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die vergleichende Föderalismus- und Regionalismusforschung sowie die Analyse von politischen Parteien und Parteiensystemen. Ein weiterer Forschungsbereich von Ursula Münch sind Politikfeldanalysen, also Untersuchungen von Politikprozessen und -ergebnissen, in den Bereichen Bildungs-, Familien- sowie Sozialpolitik, aber auch Innere Sicherheit und Migration.

In der universitären Lehre konzentrierte sich Münch auf die Vergleichende Regierungslehre und die Analyse politischer Systeme. Im Mittelpunkt standen dabei politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in Parlament, Regierung, Parteien und Verbänden; und zwar sowohl der Bundesrepublik Deutschland und deren Ländern als auch anderer westlicher Staaten.

samen Forschungs- und Publikationsprojekt von Bundesarbeits- und Sozialministerium sowie Bundesarchiv *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945* mit.

Ehrenämter

Derzeit ist sie in ein vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gefördertes Verbundprojekt

Sicherheit im Öffentlichen Raum (SIRA) eingebunden und untersucht gemeinsam mit ihren Mitarbeitern an der Universität der Bundeswehr München den Einfluss institutioneller Regimes auf die Wahrnehmung sicherheitspolitischer Regulierungsmaßnahmen.

Ursula Münch ist seit Oktober 2010 Vorsitzende des Kuratoriums der Katholischen Stiftungsfachhochschule München, seit 2008 Mitglied des Kuratoriums der Europäischen Akademie Bayern und seit 2004 Mitglied des Kuratoriums der Katholischen Stiftungsfachhochschule München.



Seit dem 1. November leitet Ursula Münch die Tutzinger Akademie für Politische Bildung
Foto: Haas

Von 1999 bis 2002 war Münch Mitglied der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags *Reform des Föderalismus – Stärkung der Landesparlamente*.

Demografie und Sozialpolitik

Mit dem Max-Planck-Institut für Demografische Forschung in Rostock bestand eine längere Zusammenarbeit zur Frage der Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf politische und gesellschaftliche Strukturen. Aufgrund ihrer Expertise in der Sozialpolitik, und hier vor allem im Bereich Familien-, Jugend- und Altenpolitik, wirkte sie über Jahre hinweg am gemein-

Von 2000 bis 2003 war sie zudem Mitglied des Sprecherteams der Sektion „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland“ bei der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW). Seit 2007 wirkt sie als Gutachterin für die Agentur AQUIN an der Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen mit.

Die im Jahr 1961 in Esslingen am Neckar geborene neue Direktorin der Akademie ist nahe der Hohenstaufen-Stadt Göppingen aufgewachsen. Sie ist verheiratet und Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern. ■

SH

(Siehe Pressestimme Seite 44)

„Unvermeidlich, unabhängig und unerreicht“

Prominente Festredner würdigen Oberreuters Arbeit als Akademiedirektor

Ein „geschätzter, aber anstrengender Gesprächspartner“ (Horst Seehofer) und eine „die Akademie in allen Bereichen prägende Kraft – nach innen und nach außen“ (Hans Maier). Die Lobeshymnen der anwesenden politischen Prominenz des Freistaats Bayern wollten nicht enden an diesem Abend, an dem Akademiedirektor Heinrich Oberreuter nach 18 Jahren vor über 300 Gästen aus seinem Amt verabschiedet wurde – allerdings nicht in den Ruhestand, wie er betonte.

Ministerpräsident Horst Seehofer charakterisierte Oberreuter als einen „geschätzten, aber anstrengenden Gesprächspartner“. Es mache allerdings nicht immer Freude, schon am Frühstückstisch dessen Thesen vom „Selbsterhaltungskampf der Politiker“

sein. Es gebe bei ihm keine Kumpanei und er habe immer die Distanz zu den politisch Handelnden gewahrt. Dies sichere ihm die nötige innere Unabhängigkeit, die ihm als Experten über Parteigrenzen hinweg Respekt und Akzeptanz verschaffe.



Horst Seehofer über Heinrich Oberreuter: „Seine TV-Präsenz ist unvermeidlich und überragend“
Fotos: Bormeth

oder seine „12 Gebote für die CSU“ zu lesen. Unbestritten sei Oberreuter einer der besten und bekanntesten Politikwissenschaftler in Bayern und Deutschland, seine TV-Präsenz sei „unvermeidlich und überragend“: „Wann immer man nach Wahlen den Fernseher einschaltet: Oberreuter ist schon da.“ Er bringe aber auch schlechte Nachrichten, man müsse auf der Hut

Der neuen Akademiedirektorin Ursula Münch sicherte der Ministerpräsident „jede Unterstützung“ zu und nannte es „ein gewaltiges Erbe“, das sie antrete. Und an den „immer wieder verlängerten Arbeitsvertrag mit Oberreuter“ erinnernd, sagte Seehofer: „Sie sind nicht unpensionierbar. Aber ich fürchte, dass Sie uns erhalten bleiben.“

Kuratoriumsvorsitzender Hans Maier hob hervor, dass die Akademie in der Ära Oberreuter ihre Stellung in der bayerischen Öffentlichkeit erheblich ausbauen und verstärken konnte: „wissenschaftlich wie pädagogisch und publizistisch.“ Es sei der Tutzinger Akademie zugute gekommen, dass ihr Leiter ein anerkannter Wissenschaftler war: „Sein Renommee wuchs in den Akademiejahren.“

Heinrich Oberreuter, seit 1978 Universitätsprofessor in Berlin, seit 1980 Ordinarius in Passau, 1991 bis 1993 Gründungsdekan für Geistes- und Sozialwissenschaften der TU Dresden, gehört zu den angesehensten Politik- und Kommunikationswissenschaftlern der Bundesrepublik“, sagte Maier, der Oberreuter zu seinen akademischen Schülern zählt.

„Unverwischbare Spuren hinterlassen“

Als erst dritter Direktor in der Akademiegeschichte habe er „deutliche und unverwischbare Spuren“ hinterlassen. Der ehedem überbescheidene Haushalt habe unter ihm immerhin eine Größenordnung erreicht, die die Arbeit der Akademie funktionsfähig mache. Die Infrastruktur sei umfassend überholt und verbessert worden. Davon zeuge ja auch und gerade das neue Auditorium, in dem die Festgäste sich versammelt hatten.

Was laut Maier zu verbessern wäre, sei die Medienpräsenz der Akademie, die nach wie vor hinter derjenigen der kirchlichen und der parteinahen Akademien zurückbliebe. Für seine Nachfolgerin Ursula Münch blieben noch genug Aufgaben für die Zukunft: „Politische Bildung sei eine Daueraufgabe.“ Sie bringe nur Erfolge, wenn sie die nötige Nachhaltigkeit entwickelt. Dazu müssten auch in Zukunft vor allem zwei Dinge zusammenkommen: Zukunftsoffenheit und Mut zum Risiko, sagte Maier.

Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet, ein langjähriger persönlicher Freund Oberreuters, überbrachte den Dank der Volksvertretung an den langjährigen Akademiedirektor. Es gebe lange Verbindungslinien und eine enge Beziehung zwischen dem Bayerischen Landtag und der Tutzinger Akademie. Schließlich sei ja der Gesetzgeber an der Wiege gestanden, der dieses einmalige Konstrukt von Unabhängigkeit und Überparteilichkeit mit dem Recht zur Selbstverwaltung geschaffen habe. Längst sei die Akademie über das Experimentierstadium hinaus und sei zum „geistig-pädagogischen Kraftzentrum“ geworden, das sich Hildegard Hamm-Brücher bei der Verabschiebung des Akademiegesetzes vor nunmehr 54 Jahren gewünscht hatte.

„Rastloser Handlungsreisender“

Oberreuter habe als „rastloser Handlungsreisender in Sachen politische Bildung“ die Akademie stets intellektuell anspruchsvoll repräsentiert, ohne „den Aufgeregtheiten der Mediengesellschaft zu folgen. Er sei ein „gefragter Interpret und Deuter der politischen Landschaft“ und als Ratgeber im Landtag – auch als Mitglied der Diätenkommission – geschätzt: „Ich wünsche mir, dass das auch weiterhin so bleibt“, sagte Bocklet. Nicht zuletzt seien die „Akademiegespräche im Landtag“ auf Oberreuters Initiative hin entstanden – mittlerweile 44 an der Zahl. „Seine herausragende und vorbildliche Arbeit war ein Glücksfall für die Akademie“, sagte der Landtagsvizepräsident.

Satirische Seitenhiebe vom OB

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude griff eine Schlagzeile vom Tage auf: „Erforscher der schwarzen Seele“ und sagte: „Er interessiert sich offenbar für die Kräfte der Finsternis. Ein Mann, der der CSU die Welt und der Welt die CSU erklärt.“ Auch der satirisch geübte Ude konnte sich Bemerkungen zur hohen TV-Präsenz Oberreuters nicht verkneifen: „Sekunden nach der ersten Hochrechnung

kommt seine Analyse, wie er sich das schrecklich gute CSU-Ergebnis erklärt, wie aus der Pistole geschossen. Frage des Moderators: Wie erklären Sie sich den Zuspruch der Wähler? Seine Ant-



Christian Ude: „Seine Kommentare waren besser als unsere Ergebnisse“

wort: Das liegt an der hohen Zustimmung! Was täten wir nur ohne unsere Politikwissenschaftler?“, fragte der Jurist Ude.

Oberreuter habe bei seinen Analysen zwar immer seine Sympathie für eine Partei durchblicken lassen, sei aber immer unabhängig geblieben: „Ihre Kommentare waren immer besser als unsere Ergebnisse“, sagte der SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2013. Ude fragte, ob eine solche Akademie überhaupt noch zeitgemäß sei, wo man doch heute im Internet in Sekundenschnelle alle möglichen Informationen bekommen könne. „Auf jeden Fall ist sie unentbehrlich“, sagte Ude. Denn: „Wir ersaufen in Informationen, die wir nicht mehr einordnen können.“ Gerade in diesen Zeiten sei eine Akademie wie Tutzling unverzichtbar als Ort des ruhigen und rationalen Gedankenaustauschs und Diskurses. „Mögen Sie sich auch in Zukunft behaupten“, sagte der Münchener Oberbürgermeister.

Hans-Jochen Vogel, der einst im Auftrag Wilhelm Hoegners den Entwurf für das Akademiegesetz verfasste, erinnerte an die Gründerväter des Hauses: Waldemar von Knoeringen, Arnold Bergstraesser, Walter Dirks, Wil-

helm Ebert, Theodor und Thomas Ellwein, Theodor Eschenburg und Hans Schuster. Er würdigte dabei auch die Verdienste des Ministerpräsidenten Hanns Seidel von der CSU, der das Akademiegesetz gegen Widerstände aus den eigenen Reihen umsetzte und nicht aufhob, wie vom Hundhammer-Kreis gefordert wurde (siehe dazu auch den Bericht auf Seite 37).

Gründer gewürdigt

„Die Gründerväter von damals wären sehr zufrieden, wenn sie sich ihr Werk heute anschauen könnten“, sagte der frühere Münchener Oberbürgermeister und Bundesminister Vogel. Immer noch sei es wichtig, Kenntnisse zu vermitteln über die Demokratie und ihre Prozesse und Strukturen. Aber ebenso wichtig sei es, Grundgesetz und Bayrische Verfassung als wertgebunde-



Hans-Jochen Vogel: „Engagement kann etwas bewirken“

ne Ordnungen zu erkennen. Dies seien die wesentlichen Grundlagen des Staates und der Gesellschaft: „Ihr habt als Bürger nicht nur Rechte, ihr habt auch Pflichten. Es gibt eine Mitverantwortung der Bürger für die Demokratie“, sagte der frühere SPD-Vorsitzende. Gerade die letzten Monate hätten gezeigt, dass „wer sich engagiert, auch etwas durchsetzen kann.“ Neueste Beispiel sei die Energiepolitik: „Engagement kann etwas bewirken“, sagte Vogel. Allerdings werde es immer schwieriger zu durchschauen, wer für die Entscheidungen zuständig und verantwortlich sei: „Die Mächtigen der

Finanzmärkte oder die gewählten Repräsentanten des Volkes?“, fragte Vogel. Die letzte Entscheidung müsse wieder bei den Repräsentanten liegen, die an einer Wertordnung orientiert seien und nicht an einer maximalen Gewinnorientierung.

Personalratsvorsitzender Gero Kellermann lobte den Einsatz Oberreuters für die Sicherung des Standortes am Starnberger See und die der finanziellen Ausstattung des Hauses: „Dies neue Auditorium ist ein großer Wurf geworden“, sagte er und fügte hinzu: „Sie haben die Idee der Akademie konsequent vorangetrieben.“ Dabei sei er akribisch und genau: Ihm entgehe kein Detail. „Man kann ihm alles vorschlagen, muss sich aber dann mit guten Argumenten wappnen“, sagte Kellermann.

Festschrift zum Abschied

Für das Dozentenkollegium überreichte Michael Schröder eine von ihm herausgegebene Festschrift zur Verabschiedung: „Demokratie unter Druck. Herausforderungen für Politik und politische Bildung“ (siehe Neuerscheinungen Seite 40).

Der Titel sei nicht zufällig am thematischen Schwerpunkt von Oberreuters letztem Programmjahr an der Akademie angelehnt. Schließlich durchzögen diese Fragen sein wissenschaftliches Werk seit Beginn. Sein ganzes akademisches Leben habe Oberreuter sich mit den großen P's rund um Politik beschäftigt: Politikwissenschaft, Politische Bildung, Parteien, Parlamentarismus, Publizistik, Politische Kommunikation und Politikberatung. Auf allen diesen Feldern habe er große und dauerhaft erkennbare Spuren hinterlassen. Im Buch beschreiben jetzige und frühere Dozenten und Assistenten sowie Mitglieder der Akademiegremien den Wandel auf den verschiedenen Politikfeldern und Arbeitsgebieten der Akademie, die daraus resultierenden Gefährdungen der Demokratie und die aktuellen Herausforderungen für Politik und politi-

sche Bildung. Ganz besonders freute sich Schröder, dass es gelungen sei, auch den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert als Autor zu gewinnen.

Für den Förderkreis der Akademie überreichte dessen Vorsitzender Gerhard Abendt einen neuen Schreibtischstuhl als Abschiedsgeschenk, damit „der Förderkreis auch in Zukunft bei Ihnen eine tragende Rolle spielt“. Abendt hob die „gedeihliche Zusammenarbeit“ der letzten 18 Jahre zwischen Förderkreis und Direktor hervor und sagte, dass bislang insgesamt rund 130 000 Euro zur Verfügung gestellt worden seien. Abendt begrüßte, dass Oberreuter als neuer stellvertretender Vorsitzender des Förderkreises der Akademie und ihrer Arbeit verbunden bleibt.



Glückwünsche vom früheren Personalratsvorsitzenden: Michael Schröder überreicht Oberreuter die Festschrift „Demokratie unter Druck“

In seiner Dankesrede bekannte sich Oberreuter zur „Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft“: „Die Bürger haben einen Anspruch auf Erklärung und Deutlichkeit. Die werden ihnen heute aber weitgehend vorenthalten.“ Er sprach von einer „kommunikativ miserablen Politikvermittlung und nannte als jüngste Beispiele die „Energiepolitik, die Euro-, Banken-, Wirtschafts- und Finanzkrise“. Seine TV-Präsenz könne noch erhöht werden, die sei noch ausbaufähig. Und „Ein-Euro-Jobs als Politikberater nehme ich auch

noch an. Das ist ohnehin mehr als ich bisher dafür bekommen habe“, sagte der Politikprofessor. Er verteidigte die Rationalität im öffentlichen Diskurs, stellte aber auch fest, dass der „Marktplatz der öffentlichen Meinung“ gekennzeichnet sei von „Verflachung und Verlust von Attraktivität“. Die Realität bliebe weit hinter dem Ideal zurück. „Damit es nicht noch irrationaler wird, gehe ich auch weiter in die Medien“, sagte Oberreuter. Auch er lobte die Gründer der Akademie für „die einmalig privilegierte Situation der Akademie: „Nichts und niemand kann uns in die Suppe spucken.“ Die finanzielle Situation der Akademie sei nicht üppig, aber ausreichend. Scharf wandte sich der scheidende Akademiedirektor gegen Bestrebungen im Landtag, die Tutzinger Akademie mit der in Schieflage geratenen Landeszentrals für politische Bildung zu fusionieren: „Dann müsste man das Gesetz ändern und dann wäre unser schönes Akademiegesetz weg.“

Kritik an der Bildungspolitik

Kritik am Zustand der politischen Bildung an bayerischen Schulen mussten sich die Bildungspolitiker im Saal anhören: „Da ist Bayern im Ländervergleich ein überdimensionales Schlusslicht angesichts der Stundenzahlen in der Sekundarstufe 1 und dem einstündigen Fach in Klasse 11 bis 12 am G8.“ Während Plato und Aristoteles im Politischen noch die höchste Form der menschlichen Existenz gesehen hätten, „tendiert das bei uns gegen Null.“ Es ginge um die Wertgrundlagen unseres Gemeinwesens, nicht so sehr darum, wie der Bundestag gewählt wird.

Für die Zukunft wünschte sich Oberreuter, dass die Politische Akademie Tutzing „im Konzert der drei Sterne am bayerischen Akademiehimml auch weiterhin gleichberechtigt leuchtet.“ Die beiden kirchlichen Akademien hätten zweifellos ihren Patron, „aber auch das Gemeinwohl braucht einen Patron“, schrieb Oberreuter den Festgästen ins Stammbuch. ■

*Michael Schröder
(Siehe Presseeschau Seite 41-43)*

Akademiegespräch im Landtag:

Die griechische wird zur europäischen Krise

Die griechische Politikerin Dora Bakoyannis plädiert für einen Schuldenschnitt

Als der Fragesteller im Senatssaal des Maximianeums die griechische Regierung als „kriminelle Bande“ bezeichnet, die die „Bilanzen gefälscht hätte und die man in Deutschland verhaftet müsste“, richtet sich Dora Bakoyannis straff auf in ihrem

Stuhl auf dem Podium. Ihre Gesichtsmuskeln verraten etwas von der inneren Anspannung, die dunkelbraunen Augen beginnen noch etwas kräftiger zu funkeln. Dieser Vorwurf gilt auch ihr, sie nimmt ihn persönlich. Scharf und mit mediterranem Temperament weist sie die An-

schuldigung zurück: „Unsere Politiker sind keine Verbrecher.“ Ja, man habe sich Illusionen gemacht über das griechische Staatsdefizit. Es sei tatsächlich viel höher als angenommen. Aber bewusst gefälscht habe die Regierung die Zahlen nicht.

Die frühere Oberbürgermeisterin von Athen und ehemalige griechische Außenministerin Dora Bakoyannis ist Gast beim 44. Akademiegespräch, dem letzten unter der Federführung des früheren Akademiedirektors Heinrich Oberreuter. Der Termin für ihren Vortrag unter dem Titel: „Die griechische Krise – Europas Herausforderung“ ist gut gewählt: am Vorabend entscheidender Beschlüsse über die Zukunft Griechenlands, Europas und des Euro.

Korruption und Klientelpolitik

Bakoyannis, die von ihrer konservativen Partei Nea Demokratia ausgeschlossen wurde, weil sie mit der sozialistischen Pasok-Regierung für deren Sparpaket gestimmt hatte, sieht einen Teil der Ursachen für die griechische Krise in Korruption und Klientelpolitik. Aber auch die europäischen Regierungen tragen die Mitschuld an einem Präzedenzfall: „Sie haben die Überschuldung Griechenlands geduldet“, sagte die Politikerin, die jüngst mit der „Demokratischen Allianz“ eine eigene liberal-konservative Partei gegründet hat. Das Defizit sei jedenfalls viel zu hoch – egal, wie die genauen Zahlen nun lauten mögen.

Durch die Korruption, aber auch die Gewalt auf den Straßen habe das Ansehen ihres Landes gelitten. Die eher

wenigen, aber laut protestierer würden meist zum öffentlichen Dienst gehören: „Sie verdienen jetzt zwar weniger, aber sie haben noch einen Arbeitsplatz.“ Dagegen hätten rund 300 000 Menschen ihren Arbeitsplatz in der



Die frühere griechische Außenministerin Dora Bakoyannis fordert für ihr Land eine Regierung der nationalen Einheit in Zeiten der Krise

Fotos: Schröder/Bormeth

Privatwirtschaft verloren: „Aber von denen sieht und hört man keinen Protest“, sagte Bakoyannis, die in München und Paris studiert hat. Die Tochter des früheren griechischen Ministerpräsidenten Mitsotakis sieht die Griechen aber immer noch weit entfernt von den Armen Europas und der Welt:

„Wir liegen bei 89 Prozent des Durchschnittseinkommens in der EU. Wir müssen runter auf 75 Prozent. Damit sind wir noch lange nicht die Ärmsten in Europa oder gar der Welt.“ Sie geißelt die Maßlosigkeit der Linken, „die meinen, deswegen die Revolution ausrufen zu müssen.“

Schuldenschnitt und Investitionspaket

Bakoyannis plädiert für einen Schuldenschnitt, mit dem den Griechen rund die Hälfte ihrer Schulden erlassen wird. Begleitend spricht sie sich für ein von der EU finanziertes Investitions- paket von rund 30 Milliarden Euro aus.

Ein günstiger Kreditzins von 3,5 Prozent könnte die griechische Wirtschaft wieder auf die Beine bringen: „Europa und Deutschland brauchen ein starkes Griechenland.“ Was Griechenland nicht brauche, seien ständig neue Prognosen und Analysen, die weitere Spekulationen der Finanzmärkte gegen Griechenland auslösen.

„Wir wissen, dass wir schwer arbeiten müssen. Aber die Griechen sind ein fleißiges Volk“, sagte die frühere Ministerin. Es müsse endlich angefangen werden, am Staat zu sparen: „Das Volk kann nicht mehr sparen. Mehr kann man von ihm nicht verlangen.“ Bereits heute könnten 65 000 Menschen ihre

Stromrechnung nicht mehr bezahlen. Die Verkleinerung des Staatsapparates sei auch ein gutes Mittel gegen Korruption: „Wenn Sie heute für eine Bescheinigung 30 Unterschriften brauchen und bald nur noch eine – dann haben Sie 29 Korrupte weniger“, sagte Bakoyannis etwas scherhaft.

Kein gutes Haar ließ die griechische Politikerin an beiden großen Parteien, den Konservativen und den Sozialisten. Beide seien mit dem übergroßen Staatsapparat verfilzt. Sie fordert baldige Neuwahlen, durch die die Parteien zu einer Regierung der nationalen Einheit gezwungen werden: „Die große Koalition wird von den Griechen diktiert werden“, prognostiziert Bakoyannis.

Krise Europas

Von der Idee eines vereinten Europa lässt sich Bakoyannis nicht abbringen. Sie hofft, dass diese Idee wieder mehr ins Bewusstsein der Bevölkerung rückt. Sie sagt: „Für meine Kinder ist Europa nur noch Brüssel. Und Brüssel ist weit weg. Die Sprache der Bürokraten verstehen sie nicht mehr. Die schreiben uns nur vor, wie wir leben sollen und was wir essen dürfen und was nicht. Dieses Europa muss sich ändern.“ Für sie sind nationale und europäische Interessen langfristig die gleichen: „Griechenland – das sind 2,8 Prozent der europäischen Wirtschaft. Machen Sie sich nichts vor: Die griechische Krise ist nur für uns eine griechische Krise.“ Und ans Publikum gewandt sagt sie: „Für Euch ist es eine Krise Europas.“

Zu Beginn von Oberreuters letztem Akademiegespräch als Moderator des Abends würdigte Landtagspräsidentin Barbara Stamm seine Verdienste um diese Veranstaltungsreihe. Sie lobte die Institution der Akademiegespräche als „politische Bildung auf höchstem Niveau und Plattform für Sachverstand“. „Die Themen waren stets aktuell und brisant und von großen Namen vorge tragen, die Diskussionen interessant und die Kommentierung hörenswert“, bilanzierte die Landtagspräsidentin die bisherigen Veranstaltungen. Sie kün-

digte an, die Reihe zusammen mit der neuen Akademiedirektorin Ursula Münch fortsetzen zu wollen.

Die Akademiegespräche waren 1996 von Oberreuter und dem damaligen Landtagspräsidenten Johann Böhm initiiert worden. Der stellte rückblickend fest: „Bei diesen Gesprächen kann auch der aktive Politiker etwas lernen. Ich bin immer mit einem geweiteten Horizont nach Hause gegangen.“



Landtagspräsidentin Barbara Stamm bedankte sich bei Moderator Heinrich Oberreuter für 15 Jahre Akademiegespräche

So viel Lob konnte der scheidende Direktor nicht unbeantwortet lassen, machte dabei aber deutlich, dass eine Veranstaltungsreihe wie diese für eine Akademie der politischen Bildung eine Selbstverständlichkeit sein müsse.

Gerade in Zeiten, in denen wir es mit ständig neuen Dimensionen der Herausforderungen zu tun hätten und die Politik spürbar an die Grenzen ihrer Problemlösungskapazitäten gerate, brauche die Gesellschaft politische Bildung, die verlässlich informiere und einordne. Die Bereitschaft, sich sensibel auf die Belange der Gesellschaft einzulassen, nehme ab. Dagegen nehme „das Denken in ich-bezogenen Opportunitäten“ zu. Und Politik handle zunehmend ins Un gewisse hinein, sagte Oberreuter. ■

Michael Schröder

Jugend und Recht

Von Drogenkriminalität bis zum „Konfliktfeld Familie“ reichte das Themenspektrum bei der diesjährigen Lehrerfortbildung „Jugend und Recht“ in Kooperation mit der Akademie für Lehrerfortbildung Dillingen. Rechtskundelehrer verschiedener Schulformen kommen dabei ins Gespräch mit Praktikern des Rechtslebens. So informierte Oberstaatsanwalt Ragnar Schneider über rechtliche Grundlagen und praktische Erfahrungen aus dem Bereich des Betäubungsmittelrechts. Tanja Wilkniss vom Verbraucher-Service Bayern stellte die aktuellen Rechtsentwicklungen im Bereich digitaler Medien und des

Urheberrechts vor. Über Arbeitsrecht für Jugendliche referierte Marion Lunz-Schmieder, Richterin am Arbeitsgericht München.

Stefan A. Mayer vom Institut für Mediation, Streitschlichtung und Konfliktmanagement in München gab Einblicke in die Praxis der Mediation im Bereich Familie und Schule.

Eine Exkursion führte zur ver.di-Gewerkschaftsjugend nach München, deren Mitarbeiter über Gewerkschaftsarbeit für Jugendliche berichteten. ■

Gero Kellermann

Auf den Grundmauern der platonischen Akademie

Studienreise zu den Wurzeln antiker Philosophie

„Zu den Quellen“ hätte das Motto einer Studienreise lauten können, die im Oktober rund 20 Ethiklehrer nach Athen führte. Ein dichter Reigen von Vorträgen und Diskussionen drehte sich um politische Philosophie, Ästhetik, Religion und Geschichte des klassischen

Griechenlandes. Unter der Leitung von Friedrich A. Uehlein (Universität Freiburg) und Michael Spieker wurden an den historischen Stätten Texte von Solon bis zur Stoa studiert. Jutta Stroszeck, Grabungsleiterin des Deutschen Archäologischen Instituts, führte durch den Athene-

Kerameikos. In den unruhigen und bedrängten Tagen der griechischen Gegenwart konnte in der scheinbar fernen Vergangenheit manches entdeckt werden, das auch als Kommentar zur aktuellen Lage verstanden werden kann.

Das Höhlengleichnis führte zu Beginn in das Zentrum der platonischen Philosophie ein: Der Unterschied von wahrhaft Seinem und nur scheinbar Wahrem wird nur für jene erkennbar, die es vermögen, ihre festgelegte Blickrichtung zu ändern und sich selbst und andere umfassend zu betrachten. Diese Lösung der Fesseln des eindimensionalen Menschen und der Weg zu Erfassung dessen, was wahrhaft ist, geschieht nach Platon nur „durch Zwang“. Angespielt wird damit, so Uehlein, auf Sokrates‘ Tätigkeit und den Zwang des Dialogs, in dem man Gründe geben und Gründe annehmen muss.

Solon und die politische Bildung

Bereits zu Beginn des sechsten Jahrhunderts v. Chr. hatte der Gesetzgeber Solon in einem Gedicht über die gute Ordnung (Eunomie) Gründe für den Niedergang Athens benannt. Nicht die Götter haben Athen demnach ein schlechtes Schicksal bereitet. Sonder: „Die Bürger selbst sind willens, die mächtige Stadt zu verderben,/ In törichtem Sinn gebend dem Gelde Gehör“.

Mit dieser Betonung der Verantwortlichkeit steht Solon am Beginn der politischen Bildung. Zugleich legt er damit den Grund zur Bildung der Politik. Jenseits des Schicksals gibt es einen

Bereich, der alle betrifft und für den alle verantwortlich sind: das konkrete Allgemeine, der freie Raum der gestaltungsmächtigen Politik. Deutlich zeigt er, dass die Not der Armen, die unter

Sorge um das Eigene gefährdet schließlich das Ganze: „So kommt Volksverderb in die Wohnungen aller gegangen,/ Und kein Tor ist hoch genug, das ihm zu wehren begehrts, / Denn



Philosophieren auf dem Areopag (im Hintergrund die Akropolis)

Fotos: Multrus

die Knechtschaft weniger Reicher geraten sind, nicht lediglich deren persönliches Unglück, sondern eine Gefahr für die ganze Stadt darstellt. Denn die Verarmung hat ihren Ursprung in der ungerechten Aneignung „frevelritischer Berater des Volks“, die weder göttlichen noch allgemeinen Besitz unangetastet lassen. Die ausschließliche

hoch springt er der Mauer herein, und keiner entgeht ihm“. Nur wenn eine umfassende Neuorientierung auf das allen Gemeinsame stattfindet, kann die Unordnung (Dysnomie) überwunden werden. Als Athener Archont setzte Solon daher zunächst den berühmten Schuldenerlass durch und begrenzte zudem den Luxus der Reichen.

Der politischen Bildung diente auch die Institution des Theaters. Am Beispiel der Orestie des Aischylos wurde aufgezeigt, wie durch das Drama die Unmittelbarkeit des scheinbar alternativlosen täglichen Lebens aufgebrochen wurde.

Kunst – Musik – Politik

Es war stets das Leben der Zuschauer selbst, das von den großen Persönlichkeiten auf der Bühne verhandelt wurde. Unterschiedliche Klasseninteressen und Ideologien sollten dabei ausgehendelt werden. Schließlich soll die Tragödie nach Aristoteles „durch Mitleid und Furcht eine Reinigung eben dieser Gefühle zuwege bringen“. Das Ziel dieser Katharsis sollen angemessene Gefühle sein, damit die Menschen sich „in richtiger Weise freuen“. Die Freude an den falschen Dingen führt eine Polis nämlich ins Verderben.

Durch die Geschichten, die den Kindern erzählt werden und durch die Musik, die sie hören, wird die seelische Ordnung, der Charakter der Menschen, geformt. Daher kommt es darauf an, keine unwahren Geschichten zu verbreiten, indem man etwa unzurechte Nutzenmaximierer als glücklich darstellt. Daher untersuchen Platon und Aristoteles das Wesen von Kunst und Musik in ihren Werken zur Politik, denn sie eröffnen den direktesten Zugang zu den Seelen, weshalb sie ein Gegenstand gemeinsamer Sorge und Gesetzgebung sein müssen.

Kritik der Demokratie

Weil sie nur nach einer unbestimmten Freiheit strebe, kritisierte Platon die Demokratie seiner Zeit heftig. In ihr seien die Leidenschaften selbst an die Regierung gekommen, ohne von der umsichtigen Vernunft beherrscht zu werden. Lehrer würden hier von den Schülern nicht mehr gehört und die Tugenden einer guten Ordnung würden umgewertet: Besonnenheit gelte als Spießigkeit und Knauserigkeit, Tollkühnheit als Mut und das Wettspiel als kluge Voraussicht. Das historische Beispiel für die unbesonnene Hybris der Demokratie lieferte der Historiker

Thukydides, der im Melierdialog die Vorgeschichte der Vernichtung der Inselpolis Melos' durch die Athener schilderte. Die gute Ordnung hingegen sei an einer festen Bestimmung dessen, was für alle das Gute ist, orientiert. In ihr kommt nicht ein individuelles Interesse zu bestimmender Macht, sondern umgekehrt wird das Allgemeine zum eigenen Interesse aller Einzelnen.

Geordnete Ruhe

Bei Platon und Aristoteles stehen die Überlegungen zur richtigen Ordnung der menschlichen Gemeinschaft auf dem Boden einer umfassenden Lehre der Verfassung von Kosmos und Leiblichkeit. Praktische und theoretische Philosophie sind nicht voneinander

und klassischen Skulpturen ausstrahlen, anschaulich. Aufgrund dieser immanenten Ordnung ist es für Platon notwendig, die Bewegungen der Seele mit der unverrückbaren Bewegung des Kosmos in Einklang zu bringen. So wird die Theorie der Struktur von Materie und Seele sowohl zur Quelle des Schönen als auch zur Maßgabe des vernünftigen menschlichen Handelns. Die neuzeitliche Trennung zwischen Subjektivem und Objektivem hat im Denken von Platon und Aristoteles keinen Platz. Am fernen Denkhorizont tauchte dabei ein Satz Kants auf: „Die schönen Dinge zeigen an, dass der Mensch in die Welt passe.“

Wie eine Ethik aussieht, die ohne Begründung auskommen will, zeigte das Beispiel Demokrits: Auf der einen Sei-



Eine Vorlesung auf den Grundmauern der platonischen Akademie: Friedrich A. Uehlein

getrennt. So widmete sich das Seminar auch Fragen der Ästhetik und der Erkenntnislehre. Wissenschaft können wir nämlich Platon zufolge nur treiben, weil das All selbst vernünftig strukturiert ist. Die Musik ist ebenso geordnet wie die Himmelsbewegungen und der Leib des Menschen ist durchweg ratiomorph, also auf vernünftige Durchwirkung angelegt.

Im Archäologischen Nationalmuseum Athens wurde das in der souverän geordneten Ruhe, welche die archaischen

te steht dort ein Materialismus, der nur Atome und deren Zusammenballungen kennt. Auch die Seele selbst wird bei Demokrit als solch eine atomare Zusammenballung vorgestellt, – wie sie dann noch sich selbst begreifen kann, wird nicht erklärt. Eine rationale Ordnung gibt es nicht. Wie wäre da Orientierung für das menschliche Leben möglich, wenn es nicht ebenfalls ein gleichgültiges Geschehen von Verbindung, Zusammenprallen und Lösung sein soll? Dafür müssen nun die Konventionen herhalten. Was immer

schon gemacht wurde, das solle auch weiterhin gelten. Eine neuzeitliche Wiederkehr dieses Ansatzes sah Uehlein in der Ethik David Humes. Auch dort soll es keinerlei Verbindung zwischen einem erkennbaren Sein der Welt und dem zu erstrebenden Verhalten der Menschen geben. Nicht über rationale Gründe vermittelt, sondern unmittelbar im Gefühl vorgegeben soll das ethische Leben dann sein. Auch bei Hume nehmen gesellschaftliche Konventionen die Stelle der kritischen Befragung des Lebens ein.

Antike Religionskritik

Die Tempel Delphis waren schließlich der Ort, an dem der antiken Religionskritik nachgegangen wurde. Zum einen war sie, wie bei dem Sophisten Kritias, psychologisch und politisch motiviert.

Danach waren die Götter eine Erfindung zur Disziplinierung der Menschen. Durch sie sollten die willkürlich vorgegebenen Gesetze absolut abgesichert werden. Ein anderer Strang der Kritik an den überkommenen Göttervorstellungen lehnte es vor allem ab, sie – wie Homer – als große Menschen aufzufassen. Damit verschwände letztlich der Unterschied zwischen Menschen und Göttern.

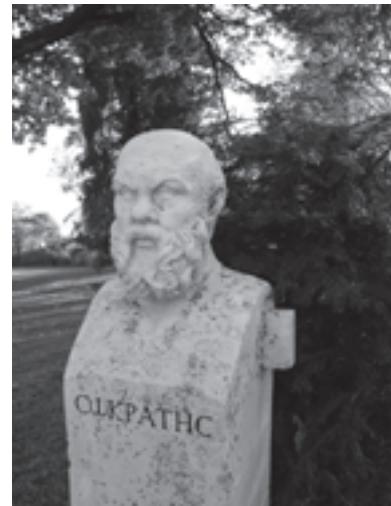
In diese Kritik passte auch die Auslegung des sogenannten „delphischen E“, das am Eingang zum Tempel des Apollon zu Delphi angebracht war. Es sprach dem Gotte zu „Du bist“, während derjenige, der das Zeichen liest, immer nur ein Werdender und Vergehender ist, der niemals im vollen Sinne gegenwärtig ist. Diese Anerkennung der menschlichen Begrenztheit und Abhängigkeit war auch eine Grundla-

ge des in Delphi ansässigen Rates der Amphiktyonie, in der sich die unterschiedlichen Poleis zum Schutz des gemeinsamen Heiligtums verbunden hatten.

Zuletzt saßen die Teilnehmer buchstäblich auf den Grundmauern der Akademie Platons. In einem schattigen Park, eher von Hunden als von Touristen besucht, wurde gemeinsam diskutiert, wie es in der Gegenwart um die Demokratie steht und welcher Freiheitsbegriff sie prägt. Man fragte sich, welche Rolle die Frage nach Wahrheit und unveränderlichen Normen noch spielt und wie es möglich wäre, das Bewusstsein für das, was Allen gemeinsam ist, wieder lebendiger werden zu lassen. ■

Michael Spieker

Griechenlands weise Männer bevölkern den Akademiepark



Die antiken Philosophen im Park der Akademie präsentieren sich frisch gereinigt vom Staub der Jahrtausende: Aristoteles, Plato, Sophokles und Sokrates

Fotos: Schröder

Das Schiff Europa im Krisensturm

Experten fordern eine gemeinsame Stimme der EU

Um die Stabilität des Euros steht es schlecht. In der Nordafrika-Politik und beim Kriegseinsatz in Libyen ist die Europäische Union gespalten (siehe dazu das nachfolgende Gespräch mit Gerhard Sabathil). Die Situation an den Außengrenzen ist alles andere als beständig. EU-Mitglied Ungarn erweist sich immer mehr als Hort der Anti-Demokraten. Europa steckt in der Krise. Stoff genug für kontroverse Diskussionen. Auch dabei: Emilia Müller, bayerische Ministerin für Bundes- und Europa-Angelegenheiten.

„In Europa haben wir mittlerweile sehr viel Routine. Vielleicht ist auch das schon eine Krisenerscheinung“, spekulierte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter. Die Idee eines vereinigten Europa sei nach ihrer Umsetzung jedenfalls weitaus strittiger als früher, als sie noch Utopie war: „Einer Vision lässt sich nachhängen. Aber wie kann man Europa so gestalten, dass die Popularität erhalten bleibt?“

Diese Frage stellte auch Emilia Müller, die in Bayern für Europa zuständige Ministerin. Kritisches Hinterfragen sei wichtig: „Deswegen ist man nicht



Emilia Müller: Kritik ist keine Skepsis
Fotos: Bormeth

gleich ein Skeptiker“, betonte die Politikerin. Sie selbst sei trotz der gegenwärtigen Stürme, in denen das Schiff Europa schwankt, fest überzeugt von der europäischen Idee. Die EU, so meinte Müller, sei die genialste Idee

der Nachkriegszeit. Dies sei allerdings eine Auffassung, die nicht jeder teile, musste sie zugeben. An der gemeinsamen Währung etwa würden angesichts der Krise Griechenlands bereits 67 Prozent der Europäer zweifeln.

müsste hergestellt werden, so lautete die Botschaft ihrer Rede, schließlich sei Europa die Zukunft.

Damit sicherte sich die Ministerin nicht nur Zustimmung. Skepsis im Publikum wurde laut an Europa und vor allem an der Notwendigkeit einer gemeinsamen Währung.

Stabilität der Nachbarn wichtig

Gerhard Sabathil, Direktor des Europäischen Auswärtigen Dienstes, sprach über die Weltregion Europa und die außenpolitische Strategie der EU zwischen Anspruch und Wirklich-



„Teuropa“

Zeichnung: Tomicek

Müllers Meinung zu Griechenland: „Im Falle der Insolvenz muss die Umenschuldung erfolgen. Die Strukturen in Griechenland müssen sich grundlegend ändern. Mit einem europäischen Finanzausgleich vernichten wir jeden Willen zu Reformen.“ Man dürfe die gegenwärtige Krise nicht aus dem Ruder laufen lassen. „Wenn die EU scheitert, dann spielen wir in der Weltwirtschaft nicht mehr mit“, so Müllers eindringliche Warnung. Ein starkes Europa

keit. Bezuglich der Stärke Europas verwies Sabathil gleich zu Beginn auf die 27 Mitgliedsstaaten: „Brüssel kann nicht stärker sein als die einzelnen Länder. Und Brüssel kann schon gar nicht reparieren, was in den Ländern kaputtgeht.“ Auch die Entscheidungsstärke Europas sei eine Frage, die von den einzelnen Ländern abhänge. Die Unterschiede der 27 Mitgliedstaaten seien weitreichend, eine Einigung deswegen oft äußerst schwierig. Im

schlimmsten Fall komme es zu einer Spaltung wie bei der Libyen-Intervention und danach zu schweren Vertrauensverlusten. Dabei sei die Stabilität der Nachbarregionen sehr wichtig für Europa. Ein Agieren mit Maß sei nötig.

Sabathil wies eindringlich darauf hin, dass die so genannten Revolutionen in Nordafrika noch nicht zu einem erfolgreichen Abschluss gelangt seien:



Gerhard Sabathil: Die Zivilgesellschaft in den nordafrikanischen und arabischen Ländern stärken

„Momentan kann man diese Protestbewegungen auch noch gar nicht als Revolutionen bezeichnen. Die EU sollte alles dafür tun, dass die Proteste erfolgreich werden.“ Man dürfe den Ländern jedoch nicht deren Ideen enteignen. Das oberste Ziel müsse lauten: „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wollen wir auch woanders sehen. Europa tritt für Friede und Freiheit für die ganze Welt ein.“

Neue Konstellationen

Über das Potenzial ostmitteleuropäischer Staaten, Impulsgeber für ein neues Europa zu werden, referierte Gergely Pröhle, der stellvertretende Staatssekretär des ungarischen Außenministeriums. Ungarn, ursprünglich durch einen „historischen Betriebsfehler“ bis 2004 gar nicht Mitglied der EU, hatte bis zum Juli 2011 noch die EU-Ratspräsidentschaft gestellt, nun gefolgt von Polen.

Der neue Charakter Europas äußere sich in einer Revidierung der bekannten Konstellationen von West und Ost. Durch die Krisen würden sich diese Grenzen verschieben. „Die EU

kann als Integrationsgröße ohnehin nicht einheitlich gesehen werden“, so der Staatssekretär. Es gebe verschiedene Interessensräume, die je nach Konfliktsituation unterschiedliche Ziele verfolgen würden. So sei es völlig legitim, dass sich unter den europäischen Staaten Gemeinschaften und Interessensverbünde herausbildeten, wie beispielsweise die Mittelmeunion oder die Donaustrategie. Ein neues Europa in dem Sinne sei allerdings nicht endgültig, denn: „Europa bleibt ein politisches Projekt. Es ist noch nicht fertig.“

Die europäische Landkarte spielte auch bei Stefan Immerfall eine bedeutsame Rolle. Grenzen festzulegen, sei gar nicht so einfach. Denn welche Maßstäbe setzt man an? Politische, kulturelle, religiöse oder geografische? Er bot die Ergebnisse zur Umfrage „Wären Sie traurig, wenn die EU sich auf-

lässt?“. Während der Anteil der Gleichgültigen beunruhigend wächst, kann bei dem der Erleichterten zumindest kein Anstieg verzeichnet werden. „Das ist positiv, denn die wirklichen Gegner sind eine Minderheit.“ Während Iren, Niederländer und Griechen begeisterte Europa-Anhänger sind, gehören Briten und Dänen zu den Skeptikern. Die Deutschen nehmen eine mittlere Position ein.

Neben der aktuellen Krise wurde auch die Zukunft der europäischen Klima- und Energiepolitik angesprochen. Oliver Geden von der Stiftung Wissenschaft und Politik ging vor allem auf die Sicherheit der Energieversorgung ein. In der Energie-Außenpolitik gebe es nach wie vor Unstimmigkeiten. Wichtig sei es, auch hierbei mit einer Stimme zu sprechen. Auch eine Stärkung der internen Strukturen sei wünschenswert. ■

Monika Bormeth

Note Drei für Europas Nordafrika-Politik

„Vorteilhaft wäre ein gemeinsames Auftreten“

Im Rahmen der Tagung über „Europa – Wege aus der Krise?“ sprach Gerhard Sabathil, Generalinspektor im Europäischen Auswärtigen Dienst, vormals leitender Beamter und Botschafter der Europäischen Kommission, über die Weltregion Europa. Im Interview mit Monika Bormeth erklärt er, was das europäische Lebensgefühl ausmacht und wo er Probleme und Nachholbedarf in der Politik der EU sieht.

Herr Professor Sabathil, Europa besteht aus 27 Staaten, die sehr verschieden sind. Sie selbst haben angeprochen, dass sich Entscheidungsprozesse deswegen oft schwierig gestalten. Trotzdem spricht man von einer Identität Europas, Sie nannten es auch den „European Way of Life“.

Sabathil: Damit meine ich zum einen die Dinge, die die 27 Staaten trotz aller Unterschiede verbinden: die gemeinsamen Wurzeln europäischer Kultur, Theater, Literatur, Musik. Die gemeinsam überlieferte und erlittene Geschichte und unser Rechtsverständnis – oder unser Menschen- und Fa-

miliengesetz, das sich deutlich abhebt etwa vom arabischen, chinesischen oder vom Stammesdenken afrikanischer Völker. Und zum anderen meine ich das europäische Bedürfnis nach Freiheit, denn die stellen wir über alles. Nicht zu vergessen die europäische Begründung von Ökologie und die Vorreiterrolle im Umweltschutz.

Stichwort Freiheit. In Nordafrika kämpfen derzeit viele Menschen um Freiheit und Demokratie für ihre Länder. Die Unterstützung der EU diesbezüglich wird häufig kritisiert, der schwedische Außenminister hat sie sogar als völlig verfehlt bezeichnet.

Wie würden Sie die Nordafrika-Politik der Europäer benoten?

Sabathil: Na ja, schon mit drei plus. Sicher hätte manches schneller und noch besser laufen können. Aber man muss bedenken, dass es gar nicht so einfach ist, pauschal Hilfe anzubieten. Die nordafrikanischen Länder sind unterschiedlich. Die Hilfsangebote müssen immer auf den Einzelfall abgestimmt werden. Außerdem dürfen wir den Ländern ihre Revolutionen – sofern man die Aufstände schon als solche bezeichnen kann – auch nicht stehlen. Jeder Anschein einer Neokolonialisierung wäre das Falscheste in diesem historischen Moment.

Wie könnte sich die EU denn in der Nordafrika-Politik profilieren?

Sabathil: Jetzt kommt es vor allem darauf an, die Zivilgesellschaft in den entsprechenden Ländern zu stärken. Nur so können die Staaten demokratiefähig werden. Dann müssen Arbeitsplätze geschaffen werden. Zunächst im Handwerk, der Landwirtschaft und in Kleinbetrieben. Auch das Bildungssystem müsste auf Vordermann gebracht, der Analphabetismus bekämpft werden. Aber das geht alles nicht von heute auf morgen.

Das gilt vermutlich auch für den Antrag Palästinas, in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden...

Sabathil: Das Thema hat momentan eine sehr hohe Symbolkraft. Die Frage ist: Bringt der bloße Status Frieden? Ich glaube nicht. Womöglich beabsichtigt Palästina aber, durch seinen Antrag den Druck auf Israel zu erhöhen, auch völkerrechtlich, und die Friedensverhandlungen wieder anzustoßen.

Die EU hat sich ja im Nahostquartett auch für weitere Friedensverhandlungen ausgesprochen. Wie können sich die Europäer erfolgreich mit einbringen?

Sabathil: Vorteilhaft wäre vor allen Dingen ein gemeinsames Auftreten. Die eingeschränkte Handlungsfreiheit des amerikanischen Präsidenten wäre eine Chance und Verpflichtung für die EU. Einigkeit unter den europäischen Ländern wäre also das Allerwichtigste. ■

Ermittlungsmethoden auf dem neuesten Stand halten

BKA-Chef Ziercke zur Sicherheitslage in Deutschland

Terrorismus und organisierte Kriminalität fordern moderne Gesellschaften heraus. Das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit ist zu einem der Grundthemen der Zeit geworden. Der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA) Jörg Ziercke diskutierte mit Jurastudenten die polizeiliche Sichtweise.

„Verhältnismäßigkeit ist wichtig, die Sicherheitslage auch“, stellte Ziercke als Grundprämisse vor. „Wir müssen grundlegend fragen: Welches Risiko ist für die Gesellschaft akzeptabel?“. Jeder müsse sich für sich selbst fragen, welches Ausmaß und welche Grenzen Vorratsdatenspeicherung, Quellen-Telekommunikationsüberwachung und dergleichen haben sollen, so der BKA-Präsident. Gegenüber früheren Epochen hätten Terrorismus und organisierte Kriminalität ihre Gestalt verändert.

Etwa tausend Personen, die zum Spektrum islamistischer Terroristen gehören, seien über Deutschland verteilt. Dabei handele es sich um verschiedene Gruppen, hinter denen kein „Mastermind“ stehe.

Ohne Vorratsdatenspeicherung sei die Beweisführung vor große Probleme gestellt. Auch die Entwicklung des „Cybercrimes“ ließe sich mit den klassischen polizeilichen Instrumenten des 20. Jahrhunderts nicht aufhalten.

Die Bekämpfung von internationalem Terrorismus und organisierter Kriminalität ginge nur mit passgenauen Instrumenten. Ziercke plädierte dafür, der Polizei gesetzliche Grundlagen zu geben, um die Ermittlungsmethoden auf dem aktuellen technischen Stand zu halten.



BKA-Präsident Jörg Ziercke: für Vorratsdatenspeicherung bei der Kriminalitätsbekämpfung

Foto: Fürrutter

„Wenn die Lage so ist, wie sie ist, dann brauchen wir die und die Instrumente“, sagte er. Solche Gesetze könne man befristen. Zudem müssten Ressourcen in Kompetenzzentren gebündelt werden, wie etwa dem Anfang 2011 gegründeten Nationalen Cyber-Abwehrzentrum. ■

Gero Kellermann

Linktipps:

- <http://www.vorratsdatenspeicherung.de>
- <http://www.bka.de/>
- <http://www.bmj.de>
- <http://www.bmi.bund.de>
- <http://www.verfassungsschutz.de/>

Besuch beim „Drill im Idyll“

Beobachtungen in einem russischen Sommercamp

Ein Besuch in Russland bringt immer neue Erfahrungen – dies durften knapp zwei Dutzend junge Menschen aus Deutschland im Juli 2011 auf eine ganz besondere Weise erleben. Darunter waren auch zwei ehemalige Praktikanten der Akademie, die von Direktor Oberreuter diese Möglichkeit geboten bekamen: Sie waren Gäste in Russlands größtem Jugendcamp, oder wie der „Spiegel“ kommentierte: beim „Drill im Idyll“. Lesen Sie hier ihren Erfahrungsbericht aus dem „2. International Seliger Summer Forum for Young Leader.“

„Eine atemberaubende Kulisse“ und „eine unvergessliche Erfahrung in einem gut erhaltenem Ökosystem“. „Eine einmalige Chance, um mit intelligenten und ambitionierten Jugendlichen aus der ganzen Welt in Kontakt zu treten“. „Ein internationales Projekt, das zum Ziel hat, die Führungskräfte der Welt von Morgen zu vereinen“.

Getrübte Erfahrungen

So ambitioniert kommen nur wenige Einladungen zu einem Sommercamp daher. 4500 junge Menschen, darunter 700 internationale Gäste, wurden erwartet. Eingeladen wurde von höchster Stelle: der russischen staatlichen Jugendbehörde und dem Apparat des russischen Präsidenten unter Leitung von Dmitry Medwedew. Neun Tage in einem beliebten russischen Ferienparadies mitten zwischen Moskau und Sankt Petersburg. Eine Einladung, die – in dem Rahmen – an Exklusivität kaum zu übertreffen ist.

Dies waren die Erwartungen, die vor der Reise nach Russland erweckt wurden. Die Eindrücke nach dem Aufenthalt sind wesentlich vielfältiger und – leider – auch etwas getrübter.

Das Seliger Summer Forum ist ein Jugendcamp, das seit 2005 jährlich ausgerichtet wird. Bis 2010 exklusiv Jugendlichen mit russischer Staatsangehörigkeit vorbehalten, wurde es nun zum zweiten Mal für junge Menschen aus der ganzen Welt geöffnet. Der Grund der Öffnung: Der schlechte Ruf des Camps. Denn Hauptorganisator

der Veranstaltung ist die Organisation Naschi-Jugend (Naschi bedeutet übersetzt in etwa „Die Unsrigen“), teilweise auch – in Anlehnung an die Hitler-Jugend – als „Putin-Jugend“ bezeichnet. 2005 zu dem Zweck gegründet, die Zu-

keit besser dazustehen, lässt sich bis heute nicht ganz abschütteln.

Ein „Drill-Camp“ ist es sicher nicht – dafür hatten sämtliche Teilnehmer zu viel Spaß. Denn wo hunderte junge Menschen aufeinander treffen, entwickeln sich automatisch Freundschaften. Zumindest das Versprechen, Kontakte zu knüpfen, wurde gehalten.

Straffe Organisation

Nur die tägliche Realität, über die zwischenmenschlichen Kontakte hinaus, sah straff organisiert und anders als erwartet aus. Morgens 8.00 Uhr: Aufstehen zur russischen Nationalhymne, die aus den zahlreichen Lautsprechern



Campversammlung: Unter den wachsamen Augen der beiden höchsten russischen Staatsmänner kommen alle Teilnehmer zusammen

Foto: Lohmann

kunft Russlands und des (damaligen und eventuell auch künftigen) Präsidenten aktiv mit zu gestalten, werden sie noch heute als national orientierte Jugendliche angesehen. Das Seliger Camp war bislang ihr jährlicher Höhepunkt und Treffpunkt einiger verdienter der rund 100 000 Mitglieder. Das beklemmende Gefühl, dass die internationalen Gäste nur dazu eingeladen wurden, um den Namen des Forums „reinzuwaschen“, um in der Öffentlich-

im Wald schallte. 8.30 Uhr: Morgenmeeting vor der großen Hauptbühne unter den wachsamen Augen Putins und Medwedews. Anschließend Morgen-gymnastik oder Jogging. Vormittags Seminare mit den „führenden Experten und Wissenschaftlern der Welt“ der Fachgebiete Massenmedien und Public Relations, Ökonomie, gesellschaftliche Entwicklung und Internationale Politik. Am Nachmittag wiederum Seminare, teilweise auch in

Form von Politiksimulationen wie dem G8-Modell oder dem Projekt „Global World 2035“, in denen in Gruppen unter realen Konditionen Entscheidungen nachempfunden bzw. erprobt wurden.

Sobald einer der Programmfpunkte entfiel, durfte das Sportprogramm von Paddeln, Schwimmen, Klettern und Radfahren genutzt werden. Dafür, dass dies genutzt wurde, sorgte der Camp-eigene Sicherheitsdienst, der – bevorzugt in Tarnkleidung – die Teilnehmer dazu „ermutigte“, den Programmablauf einzuhalten. Sollte dies einmal nicht der Fall sein oder ein anders gearteter Regelverstoß stattfinden, wurde gut sichtbar in den stets um den Hals zu tragenden Teilnehmerausweis ein Loch gestanzt.

Problematische Inhalte

Über die äußeren Umstände kann sicherlich Beschwerde erhoben werden. Problematischer sind jedoch einige Inhalte der Veranstaltung. So wurden bei mehreren der zahlreichen Versammlungen von der Hauptbühne aus

– unter großem Beifall – die „eigenständigen Republiken Südossetien und Abchasien“ begrüßt. Die hatten sich nach dem Kaukasuskonflikt 2008 von Georgien losgesagt und sind seitdem neben Russland von nur vier weiteren Staaten offiziell anerkannt worden. Auch wurde von einem Redner in einer Diskussion der „demokratische Freund“ Weißrussland genannt – die letzte, von vielen Staaten geächtete Diktatur in Europa. Informativer hingegen waren die Diskussionen über die NATO, ein großer Themenpunkt in der Sektion der Internationalen Politik. Die vermittelte Sichtweise, dass die NATO Russland bräuchte und nicht umgekehrt, kann die Weltmachtsambitionen Russlands bestätigen und auch die Annahme stärken, dass es eines externen Feindbilds bedarf, um inneren Zusammenhalt zu fördern. Zahlreiche Diskussionen über den „Großen Vaterländischen Krieg“ (wie der Zweite Weltkrieg genannt wird) stützen dies. Der Kalte Krieg und die Opfer der Zeit der Sowjetunion, insbesondere des Stalismus, hingegen wurden (noch) nicht thematisiert.

Ein Camp in wirklich idyllischer Lage und viele neue internationale und russische Freundschaften auf der einen Seite, auf der anderen national geprägte Verhaltensweisen und teils gewagte Thesen. Die Naschi-Anhänger sind zwar nur noch mit geübtem Auge zu erkennen – eine Fahne mit weißem Kreuz auf rotem Grund hier, dort ein Mahnmal für die Opfer des Zweiten Weltkriegs in Form einer ewigen Flamme inmitten eines roten Sterns, dauerhaft bewacht von zwei Freiwilligen. Der Wahlkampf und der russische Nationalgeist sind offensichtlich. Da ist es doch gut, dass der internationale Teil des Camps nur neun Tage dauerte, das Camp danach jedoch „intern“ noch drei Wochen weiter lief.

Dies sind keine Erfahrungen russischen Alltags – es sind Einblicke in einen umgrenzten Bereich. Dies ist beruhigend. Und die gesammelten Eindrücke sind äußerst lehrreich. ■

Robert Lohmann

Modell Marktwirtschaft

Anfang September war der russische Wirtschaftswissenschaftler Vadim Tsirenschikov zu Gast in der Akademie. Mit großem Interesse verfolgte er den Tagungsbetrieb und freute sich, aktiv zur Intensivierung der Tutzinger Kontakte nach Russland beitragen zu können.

Internationale Beziehungen von Bildungseinrichtungen hält er für sehr wertvoll: „Beziehungen zwischen deutschen und russischen Akademien sollten unbedingt noch ausgebaut werden“, sagte er. Zudem sprach er sich für einen aktiven Jugend-austausch zwischen den beiden Ländern und einen verstärkten Ausbau deutscher Institutionen in Russland aus: „Die beiden Staaten sollten gegensei-



Vadim Tsirenschikov:
für einen aktiven Jugend-austausch zwischen
Russland und Deutschland
Foto: MB

tig auf sich achten – denn wenn es Russland nicht gut geht, geht es auch Deutschland nicht gut.“ Nachholbedarf in seinem eigenen Land sieht der Wissenschaftler besonders bei den Zukunftsperspektiven: „Die Jugendlichen in Russland stehen vor extremen Problemen, weil die Regierung keine Sicherheit schaffen kann. Und weil es nicht gelingt, qualifizierte Ar-

beitsplätze zu bieten.“ Dem Wirtschaftswissenschaftler Tsirenschikov gefällt das Modell der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Auch in diesem Bereich könnte Russland von Deutschland lernen. Seinen Forschungsaufenthalt verband der russische Gast mit einem Besuch der von ihm als „sehr interessant“ gelobten Tagung „Wirtschafts- und Sozialmodelle im Wandel“.

Tsirenschikov ist als Wirtschaftswissenschaftler am Europa-Institut der Russian Academy of Sciences in Moskau tätig. Nach seiner Ausbildung an der Technischen Universität sowie der Hochschule für Verwaltung in Moskau war er über 20 Jahre im Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Problematik der Innovations- und Wirtschaftsentwicklung. Er war bereits in verschiedenen Teilen Deutschlands zu Gast. ■

Monika Bormeth

Von der Einspruchs- zur Beteiligungskultur

Mehr Demokratie wagen mit plebisitzären Ergänzungen

Parlament, Parteien und Regierung stecken in einer tiefen Vertrauenskrise. Es gibt ein zunehmend distanziertes Verhältnis zwischen Bürgern auf der einen und Politikern auf der anderen Seite. Ist die bekannte und tradierte Form der repräsentativen Demokratie unseres Grundgesetzes noch zeitgemäß? Oder sollten nicht vielmehr Formen einer breiteren Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen und plebisitäre Elemente ins Grundgesetz geschrieben werden, wie sie sich in Kommunen und auf Länderebene bewährt haben?*

Symbol dieser Unzufriedenheit waren und sind die Proteste gegen den Bahnhofsneubau in Stuttgart. Drei Teilnehmer der berühmt gewordenen „Schlichtungsrede“ unter Heiner Geißler waren Gast auf dem Tutzinger Podium und sie waren sich schnell einig: Dies war eine aus der Not geborene Lösung mit einem taktischen Blick der Landesregierung auf die Landtagswahlen in diesem Jahr. Es ist kein Modell und kein Prototyp für zukünftige Entwicklungen und Projekte.

Politik-Profis unter sich

Lothar Frick war während der Verhandlungen Büroleiter von Heiner Geißler und managte die Gespräche. Im Hauptberuf ist er der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg. Für ihn kam die Schlichtungsrede viel zu spät, als die Entwicklung mit dem brutalen Polizeieinsatz am 30. September 2010 bereits eskaliert war („Schwarzer Donnerstag“). „Dies war kein Beteiligungsprojekt. Die Bürgergesellschaft war nicht wirklich beteiligt. Die Politik-Profis waren unter sich“, sagte Frick.

Einer dieser Profis ist der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi. Er saß für die Grünen – seine eigene Partei ist für den Neubau – auf der Seite der Gegner. Er störte sich am

Begriff „Schlichtung“, der aus dem Tarifrecht kommt. „Ein Schlichterspruch braucht die Zustimmung aller Beteiligten, um gültig zu sein. Das war hier nicht der Fall“, sagte Conradi. Außerdem müsse ein Schlichter diskret sein. Gleichzeitig lobte er aber auch Geißler als engagiert und einfallsreich: „Er hatte eine starke Autorität und wollte eine Befriedung, die es aber durch seine Empfehlungen nicht gab.“ Gemeinsam mit Lothar Frick sieht Conradi aber auch die Vorteile des Verfahrens: „Es war ein

Florian Bitzer ist Bauingenieur und leitet das Vorstandsbüro der Stuttgarter Straßenbahnen AG. Er betont, dass er als Privatmann, engagierter Bürger und einziger Nicht-Politiker auf der Seite der Befürworter saß.

Öffnung der Planung

Auch für ihn ist die Stuttgart21-Schlichtung kein modellhafter Prozess. Er sieht die Lösung für die Zukunft in einer Verbesserung und Öffnung des Planungsverfahrens zu einem früheren Zeitpunkt, „wenn noch wirklich etwas zu entscheiden ist“. Lothar Frick rät dazu, bei solchen Planungen sich mehr Zeit zu lassen und „Abschied zu nehmen von der bisherigen Einbahnstraßen-Kommunikation“: „Bürgerbeteiligung braucht Rückkopplung.“ Die Parteien müssten über ihre Strukturen nachdenken und sie öffnen, denn: „Zivilgesellschaft und Parteien drifteten immer weiter



Teilnehmer der Stuttgart21-Schlichtung auf dem Podium: von vorne Peter Conradi, Lothar Frick, Florian Bitzer (hinten) Fotos: Swoboda/Schröder

paritätischer Dialog auf Augenhöhe, der die Fakten und Akten offenlegte und für mehr Transparenz und Öffentlichkeit sorgte. Aber er kam viel zu spät.“

auseinander.“ Hier sei dringend ein Umdenken erforderlich: „Wir müssen weg von der Einspruchskultur hin zur Beteiligungskultur.“ Und Peter Conradi sieht ein Vorbild im „Vernehmlassungsverfahren“ der Schweiz: „Die Bürger müssen mitreden, bevor etwas entschieden ist.“

* Tagung in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und der Bezirksfachgruppe Geschichte/Soziolkunde im Bayerischen Philologenverband

Dass das Ansehen der Demokratie und ihrer Institutionen im Sinken begriffen ist, weiß auch Thomas Petersen, Meinungsforscher beim Institut für Demoskopie Allensbach. „Die Kenntnisse über unser System und seine Grundprinzipien sind nicht tief verankert“, so seine Diagnose. Seine Daten zeigen: Die auffallende Erosion des Vertrauens ins politische Personal und der Verfall des Ansehens schreitet seit



Meinungsforscher Thomas Petersen: Skepsis gegenüber den Abgeordneten wächst

Jahrzehnten fort. So wächst die Skepsis gegenüber den Abgeordneten: Nur noch ein Viertel der Befragten beurteilt ihre Arbeit als sehr gut. 1974 waren es einmal 50 Prozent. Fast die Hälfte der Bürger fühlt sich als machtlos – im Osten mehr als im Westen der Bundesrepublik.

Dabei nimmt das Interesse an Politik generell langfristig im Trend nicht ab: Es liegt stabil um die 50 Prozent – im Osten bei 40 Prozent. Und auch die Hälfte will mehr Mitbestimmung bei politischen Entscheidungen, z.B. durch Volksabstimmungen. Sogar zwei Drittel glauben, dies sei gut für unsere Demokratie.

Direktwahl der Ministerpräsidenten

Skeptischer ist da der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker: Er rät den Politikern: „Vergesst die Volksgesetzgebung auf Bundesebene!“, spricht sich aber dennoch für plebisitzäre Ergänzungen zur rein repräsentativen Demokratie aus. Für Decker



Frank Decker ist für plebisitzäre Ergänzungen zur rein repräsentativen Demokratie

dürfen direktdemokratische und parlamentarische Repräsentation nicht an unterschiedlichen Prinzipien gemessen werden. Dies sei jedoch häufig der Fall, wenn z.B. Abgeordneten eine höhere Vernunft oder mehr Wissen zugesprochen werde. Allerdings passe ein Gesetzgebungsrecht des Volkes nicht zur gewaltenfusionierenden Logik des parlamentarischen Systems.

Der Gesetzgeber fürchtet die Volksgesetzgebung. Deswegen bedingt die Option für die potenziell weitreichendste Form der direkten Demokratie deren restriktive Ausgestaltung und Handhabung in der Praxis. Vieles sei eben nicht abstimmbar und vom Verfahren ausgeschlossen, wie z.B. Haushalt und Steuern.

Und schließlich sind da auch noch der Föderalismus und die Beteiligung der Länder am Gesetzgebungsprozess: Sie erschweren die Integration direkter Demokratie in das Grundgesetz, sagte Decker. Für ihn muss ein systemgerechtes Modell anstelle der Volksgesetzgebung eine Kombination von Vetoinitiativ und einfaches Referendum vorsehen. Decker begrüßt die von einem Vetorecht des Volkes ausgehenden konsensualen Wirkungen. Systemkonform wäre es auch, die Länder mit ihren bereits vorhandenen Plebisiziten als präsidentielle Systeme umzugestalten, die Ministerpräsidenten also direkt vom Volk wählen zu lassen.



Am „Schwarzen Donnerstag“ eskalierte die Gewalt bei den bis dahin friedlichen Demonstrationen gegen das Projekt Stuttgart21



Mit der Unzufriedenheit der Bürger am politischen System beschäftigt sich seit vielen Jahren Dieter Rucht. Er ist Soziologe und Protestforscher und war bis zum Sommer 2011 Leiter der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Vertrauensverlust

Er diagnostiziert eine „demokratische Malaise“ mit einem enormen Vertrauensverlust in die etablierte Politik und der Entfremdung zwischen Bürgerschaft und „politischer Klasse“. Die Symptome sind: Parteienverdrossenheit und Parteischelte sowie der Rückgang der Parteimitglieder und der



Dieter Rucht: „Politik wird weniger kalkulierbar, hektischer und opportunistischer“

Wahlbeteiligung. Gleichzeitig nimmt der Bürgerprotest zu. Der wird gestärkt durch ein immer höheres Bildungs niveau, die Professionalisierung des Protests und die Unterstützung durch die Massenmedien.

Weniger Gewalt

Dies sei keine typisch deutsche Entwicklung, sagte Rucht. Es protestiert eine gut gebildete Mittelschicht. Das Prekarat komme dabei praktisch nicht vor und Frauen seien immer noch unterrepräsentiert. In den Medien werde das Bild eines Durchschnittsbürgers transportiert, tatsächlich sei es aber ein linkes Lager, das vorzugsweise Grüne, SPD oder Linke wählt. Gewalt nimmt

tendenziell ab und verschiebt sich mehr ins rechte Lager. Das Jahr 2010 war sicher eine Hochphase des Protests, aber keineswegs die höchste: 1995 gab es doppelt so viele Teilnehmer und auch die Zahl der Protestereignisse lag in vielen Jahren davor höher.

Ruchs Fazit: Es gibt eine Verschiebung von der Parteidemokratie in Richtung Bürgerdemokratie. Die kritischen Bürger sind keine Antidemokraten. Die etablierten Parteien sind unersetztlich, aber sie geraten unter stärkeren Druck von innen und von außen. Somit werde Politik insgesamt weniger kalkulierbar, hektischer und opportunistischer.



Klaus Meier: neue Qualität von Öffentlichkeit durch das Internet

Die in der Tagung mehrfach angesprochene Rolle der Medien bei der Veränderung der politischen Öffentlichkeit untersuchte der Eichstätter Journalistikprofessor Klaus Meier. Er sieht die Internet-Öffentlichkeit als Ergänzung zu den klassischen Medien und des professionellen Journalismus. So werde Öffentlichkeit vergrößert.

Die Rolle des Journalismus bei der Herstellung von Öffentlichkeit, ohne die es keine Demokratie gebe, habe sich gewandelt. Ohne das Internet sei der

Journalist ein „gatekeeper“ (Schleusenwärter) gewesen, an dem keine Nachricht vorbei gekommen sei. Die Nachricht musste durch die Schleuse, um öffentlich zu werden. Im Internetzeitalter sei das anders: „Die Nachricht geht an den Journalisten vorbei zu den Nutzern.“ Die würden selbst untereinander kommunizieren und es gebe einen Rückkanal zu den Medien. Dies sei eine neue Qualität von Öffentlichkeit.

Internet überholt Tageszeitung

Auflagen und Reichweite der gedruckten Tageszeitung gehen zurück. Meier prognostiziert einen Rückgang der Auflage von derzeit rund 20 Millionen täglich auf knapp 9 Millionen in 20 Jahren. Dagegen steigt die Reichweite des Internets an: Sie lag 2010 in der Gesamtbevölkerung erstmals vor der Tageszeitung. Bei den Jüngeren bis 29 Jahre ist dies schon seit zehn Jahren der Fall.

Meier sieht die neue Qualität der „elektronischen Öffentlichkeit“ im Grundprinzip von Dialog und Teilhabe. Es werden nicht nur Inhalte verbreitet, sondern man beteiligt sich selbst daran. Online-Plattformen bieten Authentizität und Transparenz. Das politische Engagement wird unkonventionell, thematisch begrenzt, zeitlich flexibel, persönlich/individuell und ist tendenziell basisdemokratisch.

Öffentlichkeit und Privatheit vermischen sich zunehmend. Gleichzeitig würden die großen Themen nach wie vor durch Journalismus hergestellt. Der klassisch-professionelle Journalismus nehme immer wieder Themen aus der Öffentlichkeit des Internets auf. So komme es im Idealfall zu einer Ergänzung der beiden. ■

Michael Schröder

Linktipps:

- <http://www.forschungsstelle-direkte-demokratie.de/mediawiki/index.php/Hauptseite>
- <http://www.direktedemokratie.com/>
- <http://www.omnibus.org/home.html>
- <http://www.mehr-demokratie.de/>

8. Tutzinger Radiotage 2011:

Für eine neue Relevanz des Hörfunks

60 Hörfunkjournalisten aus ganz Deutschland diskutierten über das Motto der 8. Tutzinger Radiotage*: „Informativ, unterhaltsam, unverzichtbar – für ein selbstbewusstes Radio.“

Das Radio ist nicht mehr das meist genutzte Medium der Deutschen wie noch in den 1980er und 1990er Jahren. Das Fernsehen hat ihm längst den Rang abgelau-fen – in der Gesamtbevölkerung liegt es nach Nutzungsminuten (187 gegenüber 220 TV-Minuten pro Tag) nur noch auf Platz 2. Und bei der jüngeren Generation zwischen 14 und 29 Jahren liegt es sogar auf Platz 3 hinter dem Internet.

Der Medienkritiker und taz-Journalist Steffen Grimberg machte zum Auftakt der Tagung deutlich, dass er die meisten Hörfunksender auf dem Weg in die Nichtrelevanz sieht und legte den Finger gleich tief in die Wunde: Viele Nachrichten verortet er auf „Flitzer-Blitzer-Niveau“. Das gesprochene Wort diene oft nur noch als Staffage (Ausnahme: die Info-Wellen). Und mit Klangteppichen würde vieles „zuge-dudelt“. Er forderte die versammelten Radiomacher auf, „die Schätze des Nebenbei-Mediums zu heben“, denn die Herausforderung Internet fordere Interaktivität auch vom Radio.

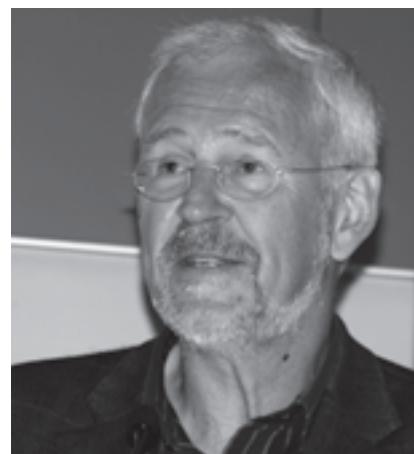
Grimberg pries die Vorteile des alten Mediums: „Facebook kann man nicht mitsingen!“ Er forderte gemäß dem Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks „mehr Beiträge zur politischen Meinungs- und Willensbil-dung“. Um aus dieser selbst verschul-deteten Irrelevanz wieder hinaus zu kom-men, müsse gerade für kleine Statio-nen das Credo gelten: zurück zum The-ma. Hin zu Inhalt und Einordnung, dem Vermitteln von Werten und regionaler Bindung. Schließlich sei das Radio „das letzte regionale Medium“. Und wieder

hin zu den Nutzern. „Zeigt Euch. Be-gegnet Euren Hörern. Versteckt Euch nicht hinter Telefon, Homepage, Twi-tter und Facebook“, so der Rat des Me-dienkritikers Grimberg.



Steffen Grimberg: „Hebt die Schätze des Nebenbei-Mediums“

Aufrüttelnd wurde es, als Radiobera-ter Sascha Baron jede Menge Beispie-le für Sounddesign im Radio vorstell-te: Da dröhnt und kracht, klingelt und bimmelt, hämmert und wummert es aus den Lautsprechern, die *station voice* schreit durch den Raum. Das nervt. Doch es geht auch anders: Gespräche und Eigenwerbung ganz ohne „Musik-betten“, Kling und Bimm, und das



Walter Klingler: „Das Radio verliert bei aktuellen Informationen an Wert für das Publikum“

Ausbaufähiger Rang

Medienforscher Walter Klingler vom Südwestrundfunk konnte einerseits noch relativ beruhigende Tagesreich-weiten des Hörfunks von 77 Prozent vermelden, gab anderseits aber auch zu bedenken, dass das Radio bei „In-formation, mitreden können und Denk-anstöße geben“ an Wert für das Publi-kum verliere: „Bei kognitiven Dingen liegt das Radio auf dem letzten Rang im Medienkonzert; das ist ausbaufähig“, sagte Klingler. Und wenn sich junge Leute zwischen 14 und 29 für ein Medium entscheiden müssten, wählen 70 Prozent das Internet und nur 9 Pro-zent den Hörfunk (den man ja übers Internet auch hören kann).

selbst bei jungen Programmen. Das wirkt dann ruhig und seriös – aber fast schon zu leblos.

Nerviges Sounddesign

Sounddesign prägt das Grundimage des Senders und wird oft nur unbe-wusst vom Publikum wahrgenommen. Es sorgt für besseren Programmfluss, gibt Orientierung und ein Gefühl für den Sender: „Es ist das Soundlogo“, sagt Baron. Es könne die Botschaften verstärken. Jeder Sender müsse selbst seine Mischung finden, meint Medi-enprofi Baron. Auch sei die Varianz der einzelnen Elemente wichtig. Vielleicht hilft es an manchen Stellen einfach, die

* In Zusammenarbeit mit dem Projektteam Hörfunk der Bundeszentrale für politische Bildung

Lautstärke ein bisschen runter zu drehen, mal keinen Gesang oder keine jaulenden Gitarren einzusetzen. Aber auf Sounddesign einfach ganz zu verzichten, sei keine Lösung, so Baron.

Die Vernetzung mit anderen Medien – das multimediale Arbeiten – gewinnt immer mehr an Bedeutung für die Radiomacher. Soziale Netzwerke im Internet wie Facebook und Twitter – vor wenigen Jahren noch unbekannt oder bestenfalls belächelt – erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Christoph Körfer, Unternehmenssprecher und stellvertretender Geschäftsführer des TV-Senders ProSieben, ist ein Experte im Twittern und Posten. „Leider gibt es so einen wie mich nicht bei jedem Sender. Bei vielen ist immer noch der Praktikant für Facebook zuständig“, so seine Erfahrung. Dabei könne man mit professioneller Handhabung einen großen Gewinn aus den sozialen Netzwerken ziehen, wie Körfer den Radiomachern darlegte.

Soziale Netzwerke einbeziehen

Mit über 50 000 virtuellen Anhängern, den sogenannten Freunden, ist die Facebook-Seite der Sendung Galileo derzeit die beliebteste unter den Pro-

Sieben-Accounts. Auf Twitter zählt ProSieben 113 000 Follower. Schnelligkeit und Interaktivität sind wichtige Schlagworte: „Mittlerweile verschicken wir keine Pressemitteilung mehr an Medienjournalisten. Die kriegen alle Infos per Twitter.“ Spaß macht Körfer an den sozialen Netzwerken, beim Posten auch mal ein wenig frech sein zu dürfen: „Weil's zu unserem Image passt.“ Der Experte riet den Radiomachern dazu, beim Gebrauch der sozialen Netzwerke ruhig einen lockeren Tonfall anzuschlagen – „aber nicht beleidigen“. Auch gelte es, Kritik der Nutzer am Sender einstecken zu können. „Wenn man kritische Einträge tilgt, ist das Vertrauen der User weg.“

Wie eine Radiozukunft mit Social Media aussehen könnte, diskutierte die Journalistin Inge Seibel-Müller mit den Kollegen. Dabei spielte auch das Thema der Sicherheit im Internet eine Rolle. Die Nutzung von Facebook und Twitter durch Journalisten zeige, dass man sich meist ohne Rückfragen auf die Sicherheitsstandards der Netzwerkbetreiber verlasse, wie ein Teilnehmer kritisierte.

Vielleicht, so meinte Seibel-Müller, bestehে hier eine Aufgabe für die Journalisten: „Wir könnten unsere Nutzer

auf die Sicherheit im Umgang mit ihrem Facebook-Profil aufmerksam machen.“ Damit biete man einen vertrauensbildenden Service an.

Anker für die Augen

Parallel waren andere Teilnehmer in der Akademie auf Recherche. Von einigen Mitarbeiterinnen der Akademie wurden Fotos gemacht und mit ihnen Interviews zu ihrem Arbeitsplatz geführt.



Sandra Müller bot Anleitungen für die Produktion einer Audio-Slide-Show

Anschließend wurde das Material am Computer zu einer *Audio-Slide-Show* verarbeitet. Durch das Aneinanderreihen von Bildern, die parallel zu einer



Die 8. Tutzinger Radiotage fanden bereits im neuen Auditorium der Akademie statt

Tonspur ablaufen, kann Radio im Internet auch für die Augen attraktiv gemacht werden.

Hörfunkjournalistin Sandra Müller zeigte, wie es funktioniert und erklärte, warum diese Form für Radiomacher interessant ist. Im Internet seien es häufig Bilder, die dem Nutzer ins Auge springen. Ein klassischer Radiobeitrag, nur bestehend aus Ton, habe es da schwer, so Müller. Die Bilder der *Audio-Slide-Show* hingegen ziehen Aufmerksamkeit auf sich – sie lenken aber nicht ab, so wie es etwa bei einem Video der Fall wäre: „Der Nutzer hat einen Anker für die Augen, kann sich aber trotzdem vorrangig als Hörer dem Radiobeitrag widmen“, sagte Müller.

Zum Thema „Neue Formen fürs Radio – weiterdenken“ unterhielt sich Florian Schwinn vom Hessischen Rundfunk angeregt mit den Hörfunkjournalisten. Dabei kam vor allem die Diskussion auf, wie lange ein Beitrag in der Praxis sein könne. Schwinn ermutigte die Teilnehmer, die Bandbreite der Darstellungsformen auszuschöpfen: „Wenn es qualitativ hochwertig ist, hören die Leute gerne länger hin.“

Mit PIA und RESI Themen setzen

Der eigene Sender als Nachrichtenproduzent – das war das Thema von Christoph Ebner vom Südwestrundfunk (SWR) und Armin Friz vom Bayerischen Rundfunk (BR). Sie stellten PIA, INA und RESI vor – keine Damen, sondern senderinterne Abkürzungen für den Programminformationsaustausch, eine interne Nachrichtenagentur und ein „Rechnergesteuertes elektronisches System zur Informationsverbreitung“. So versuchen die Sender die Fülle an Informationen, die in den verschiedenen Abteilungen und Redaktionen täglich anfallen, zu bündeln und für alle Journalisten transparent zu machen. Doppelungen, Brüche oder gar Ausfälle sollen so vermieden werden. So ist der SWR die erste Adresse für Nachrichten im Südwesten geworden, sagte Ebner.

Verlagsberater Harald Ritter befasste sich abschließend mit der Frage, an

wen den die „Lufthoheit“ im Lokalen künftig gehen könnte. Noch genießt die Tageszeitung vielerorts den Ruf, das vertrauenswürdigste Medium zu



Harald Ritter warb für die Einrichtung crossmedialer Newsdesks in Redaktionen

sein. Doch die jungen Leser wenden sich zunehmend ab. Auch hier lautet die Devise: nicht nur eingleisig fahren. Eine vielfältige Vernetzung mit anderen lokalen Medien ist gefragt, also crossmediales Publizieren.

Service und Produkte für andere Medienpartner zu entwickeln, könnte ein neues Geschäftsfeld für Tageszeitungen darstellen.

Ritter machte Werbung für sein Modell des Newsdesk. Diese Arbeitsform hat sich mittlerweile in den Redaktionen etabliert. Dabei treffen sich Verantwortliche verschiedener Ressorts an einem Tisch zur Entwicklung und Ausarbeitung redaktioneller Ideen. „Video, Online, Ton, Text – es muss ein Fachmann aus jedem Gebiet dabei sein“, sagt Ritter. Maximal 30 Mitarbeiter sind für sein Modell einer lokalen Newsdesk-Redaktion nötig. In den nächsten fünf bis sieben Jahren solle das Ruder herumgerissen werden: „So lang ist noch Zeit, um den Abwärts-trend der Zeitungen zu stoppen.“ Denn noch genießt die lokale Zeitung das Vertrauen, die lokale Crossmedialität allerdings muss erst noch erarbeitet werden. ■

Sebastian Haas / Monika Bormeth / Michael Schröder

Beim Landkreislauf der Kälte getrotzt



Zum zweiten Mal nahm ein Team der Akademie am Starnberger Landkreislauf teil – und konnte den Erfolg des letzten Jahres noch verbessern. Die Mannschaft landete mit 3 Stunden, 24 Minuten und 14 Sekunden auf dem 50. Platz. Im letzten Jahr belegte das Team Platz 58. Für die Akademie starteten (von links): Ondrej Kalina, Robert Lohmann, Martina Fürrutter, Pamina Hagen, Sebastian Haas und Gero Kellermann. Nicht auf dem Bild: Armin Seemann, Joannis Sabantzis, Stefan Köppl und Manfred Schwarzmeier.

Die Revolution im Netz

Das Internet verändert die politische Kommunikation

Das Internet bedeutet für Medien, Politik und Gesellschaft eine Revolution. Dies haben nicht zuletzt die Veröffentlichungen der Dokumenten-Plattform wikileaks deutlich gemacht. Grenzüberschreitend und in Echtzeit werden Informationen und Daten ausgetauscht. Texte, Bilder und Filme sind überall verfügbar – gelegentlich auch geheimes Material gegen den Willen staatlicher Behörden. Mit wenigen technischen und finanziellen Mitteln kann jeder seine Meinung schnell rund um den Globus verbreiten. Die Radiotheorie von Brecht (*„Der Rundfunk ist aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln“*) ist nach 80 Jahren Wirklichkeit geworden.

Auch und gerade in Ländern mit geringerer Medienfreiheit und ausgeprägter Zensur bietet das Internet neue Möglichkeiten zur politischen Beteiligung und zur Koordination der Opposition. Die jüngsten Beispiele der Revolutionen und Revolten in Nordafrika und Arabien sind ein Beleg dafür. Aber auch in westlichen Ländern können Bürgerinitiativen wie Stuttgart 21 und die Anti-Atom-Bewegung mit Hilfe sozialer Netzwerke im Internet schneller und effizienter kommunizieren.

Unsere Tagung untersuchte die radikalen Veränderungen: für den Journalismus, die politische Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft, die Parteien und die Beteiligung am politischen Prozess.

Strukturwandel der Öffentlichkeit

Der Münchener Kommunikationswissenschaftler Christoph Neuberger sieht einen „Strukturwandel der Öffentlichkeit“. Die alte Rolle des klassischen Journalisten, der als „Schleusenwärter (gatekeeper)“ den Nachrichtenstrom steuert, wird teilweise obsolet. Die Nutzer können selbst zu Kommunikatoren werden – so gesehen erweitert das Internet den kommunikativen Zugang zur Öffentlichkeit. Die Bürger treten selbst in Aktion, werden aktiv und vernetzen sich. Aber Neuberger

hat keine guten Nachrichten für Utopisten: „Es gibt kein hyperaktives Publikum.“ 60 Prozent der Nutzer haben kein Interesse an eigenen online-Aktivitäten. Nur acht Prozent der weblog-



Christoph Neuberger: „Nutzer können selbst zu Kommunikatoren werden“
Fotos: Haas

Leser haben selbst schon einmal einen Text verfasst. Und im letzten Bundestagswahlkampf 2009 spielten soziale Netzwerke, Blogs und Foren nur eine untergeordnete Rolle bei der Informationsbeschaffung.

Im Gegensatz zur fragmentierten traditionellen Öffentlichkeit sieht Neuberger aber Potenziale für eine Entgrenzung: „Das Internet kann integrierender wirken als die klassischen Massen-

medien. Weil mehr Möglichkeiten zur Partizipation bestehen und auch Themen aus Blogs Karriere machen können.“ Gleichzeitig bezweifelt er aber auch die Rationalität mancher Diskursqualität im Internet.

Einen Wandel des Journalismus sieht Neuberger unausweichlich: Nach wie vor sei professioneller Journalismus nötig, um aktuell und universell geprüfte Inhalte und Informationen zu verbreiten. Aber in Zukunft werden die Nutzer mehr an der Produktion beteiligt sein. Und Journalisten werden mehr zu Moderatoren und Organisatoren öffentlicher Diskurse.

Zivilgesellschaft mobilisieren

Der Politikwissenschaftler Ulrich Sarcinelli benennt eine Diskrepanz: „Die Bürger wollen einerseits immer mehr mitreden, beteiligen sich aber anderer-



Ulrich Sarcinelli: „Deprofessionalisierung des politischen Journalismus“

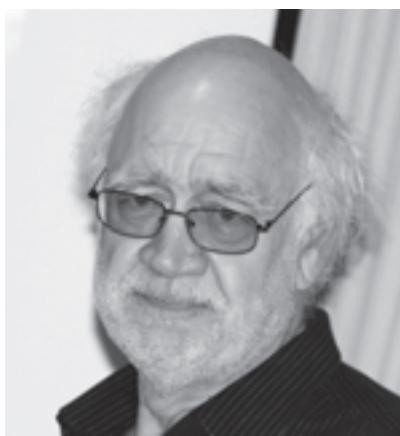
seits immer weniger an Organisationen und Parteien.“ Die Lösung? Eine „Revitalisierung des vorpolitischen Raums“: konsultative Verfahren wie Bürgerhaushalte und Planungszellen, um zivilgesellschaftliche Kräfte wieder zu mobilisieren. Heute gewinnt

immer mehr die Darstellung von Politik die Oberhand – dagegen treten die Sachfragen und Entscheidungen in den Hintergrund. Eine stetig wachsende Beratungsindustrie sei dafür verantwortlich. Die Logik des kommerzialisierten Medienmarktes und Publikumsorientierung führen zu immer größerer Distanz zur Politik.

Sarcinelli sieht die digitale Kluft der Gesellschaft am Horizont: „Wenige Aktivisten und viele Passive.“ Auch wirklich Neues kann der Politikwissenschaftler nicht erkennen: „Die Strukturen der konventionellen Kommunikation werden online reproduziert.“ Er beobachtet außerdem eine Deprofessionalisierung des politischen Journalismus („Immer weniger Zeit und Personal für Recherchen, das Verschwinden und Eindampfen von Redaktionen“).

Schutz für „Whistleblower“

Johannes Ludwig ist Professor für Medienwissenschaften an der Hochschule Hamburg und beschäftigt sich seit langem mit journalistischer Recherche. Mit der Diskussion über die



Johannes Ludwig fordert Schutz für geheime Informanten

Plattform „Wikileaks“ und ihren Gründer Julian Assange ist auch bei uns die Diskussion um die sogenannten „Whistleblower“ entbrannt. Das sind Personen, die sich als geheime und verdeckte Informanten an Journalisten wenden, um so Missstände und Skandale aufzudecken. In Deutschland sind

sie rechtlich noch nicht geschützt. Ludwig fordert einen Schutz vor Sanktionen. Denn solange Kritik, Hinweise auf Mängel und das Veröffentlichen auch geheimer Materialien bestraft werden, könne nur Anonymität einen verdeckten Informanten schützen.

Deswegen sieht Ludwig auch in anonymen Internet-Plattformen eine gute Basis. Die Vorteile liegen auf der Hand: Informationen können einfach übertragen werden; die Kommunikation ist schnell und überall empfangbar; die Informationen bekommen eine große Verbreitung und die Anonymität ist gewährleistet. Auch Ludwig sieht dabei die Notwendigkeit, dass diese Veröffentlichungen von professionellen Journalisten begleitet werden: „Für das Aufbereiten und Säubern der Dokumente ist journalistisches Wissen ebenso erforderlich wie für die Beratung und den Schutz der Informanten.“

Linktipps:

www.whistleblower-net.de
www.anstageslicht.de/whistleblower
www.wikileaks.org
www.openLeaks.org
www.cryptome.org
www.themsokinggun.com
http://privacybox.de
www.brusselsleak.com
www.greenleaks.com
www.derwesten.de/recherche
http://blogs.taz.de/rechercheblog/2010/10/29/die_geheimen_wasservertraeger

schwund und -bruch zwischen Bürgern und Politikern auch im Versagen der Regionalzeitungen, die von Anfang an einseitig-positiv über das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 berichtet hätten: „Es gab ein Bedürfnis nach alternativen Informationen.“ Und die gab es im Netz, das hilfreich sei bei der Mobilisierung von Widerstand. „Facebook war unsere Pinnwand“, sagte Bühler.

Wenn Facebook die Zeitung ersetzt



Caja Thimm: „Ohne ein Verständnis der Netzkultur lässt sich Politik nicht mehr denken“

Die Bonner Medienprofessorin Caja Thimm ist überzeugt: „Politik läuft zunehmend übers Netz. Inzwischen haben sich eigene Netzkulturen gebildet. Und ohne ein Verständnis dieser Netzkulturen lässt sich Politik nicht mehr denken.“

In einer solchen Netzkultur bewegt sich Andreas Bühler, der für die Bahnhofsgegner in Stuttgart die Aktivitäten bei Facebook koordiniert hat. Er sieht einen Grund für den Vertrauens-

Die Seite „www.facebook.com/kein-stuttgart21“ hat mittlerweile über 100 000 Mitglieder und damit eine größere Reichweite als die Regionalzeitung. Das Ziel sei natürlich, aus den virtuellen „Freunden“ aktive, reale Mitstreiter zu machen: „From online to offline.“ Denn ohne die persönliche Begegnung und ohne Authentizität gehe nichts: „Ohne offline gibt es kein online.“ Daher treffen sich die Mitglieder der Anti-Stuttgart-21-Facebookgruppe regelmäßig zum Fußballspielen, Diskutieren und Grillen im Stuttgarter Schlossgarten. „Das Web 2.0. ersetzt keine reale Organisation“, sagte Bühler.

Kerstin Rudek ist Sprecherin der Bürgerinitiative im Wendland gegen das geplante Endlager in Gorleben. Sie sagt: „Die Anti-Atom-Bewegung mit und im Internet macht mehr Arbeit als früher ohne. Manches geht auch ein-

facher: Was früher noch über Telefonketten lief, erledigt heute ein SMS-Verteiler. Online werden Videos veröffentlicht oder sogar im Livestream vom Protest berichtet (www.castortv.de). Die konventionelle Kommunikation habe aber weiter einen hohen Stellenwert für den Atom-Protest. Flugblätter, Aufkleber, Plakate und persönliche Treffen seien wirkungsvoller, wenn es um die langfristige Planung und inhaltliche Diskussion gehe.

Friedliche Konfliktregelung kann man offenkundig von Österreichern lernen. Larissa Krainer von der Universität Klagenfurt hat das Mediationsverfah-



Larissa Krainer: „Konfliktlösung braucht direkte Kommunikation“

ren rund um die dritte Startbahn des Flughafens Wien-Schwechat wissenschaftlich begleitet. An der Vermittlung waren 57 Konfliktparteien beteiligt. Das bedeutete über Jahre: ununterbrochene Kommunikation, Sitzungen und Dokumentation. Die Übermittlung der Informationen, aller Protokolle und Gutachten lief über das Onlineportal www.viemediation.at.

Krainer ist sicher: „Konfliktlösung braucht direkte Kommunikation.“ Allein über E-Mails könne sie nicht funktionieren, da eskaliere sie.

Der Duisburger Politikwissenschaftler Christoph Bieber beschäftigt sich seit vielen Jahren mit politischer Kommunikation im Internet. Er diagnostiziert eine „chronische Mitgliederauszehrung“ der Parteien. Nur noch zwei Prozent der Bevölkerung seien Mitglied



Zeichnung: Liebermann

einer Partei und die seien auch noch überaltet: Nur fünf Prozent der Mitglieder sind unter 30. Bieber fragt: „Sind Grüne und Piratenpartei Trendbrecher?“ Immerhin haben die Piraten im Bundestagswahljahr 2009 10 000 neue Mitglieder gewinnen können und das Durchschnittsalter liege um die 30.



Christoph Bieber: Zunehmende Bedeutung digitaler Wahlkampagnen

„Zensursula“ half Piraten

Besonders die „Zensursula“-Kampagne gegen die Pläne der damaligen Familienministerin Ursula von der Leyen, Internetseiten mit jugendgefährdenden Inhalten sperren zu lassen, habe die Piraten bekannt und für junge Leute wählbar gemacht. Die Piraten

hätten digitale Parteistrukturen, was ihnen bei Jungwählern Vorteile und Sympathien einbringt. Zukünftig sieht Bieber eine zunehmende Bedeutung der „digitalen Kampagnen“. Die alten Mitgliederparteien hätten dabei Probleme, sich den Möglichkeiten des web 2.0. zu nähern. Er ist aber sicher, dass innovative Elemente langsam ins gesamte Parteispektrum diffundieren. Online- und offline-Elemente der politischen Kommunikation müssten verbunden und integriert werden.

Ressource Aufmerksamkeit

Andreas Popp von der Piratenpartei meinte, seine Partei könne von dem schnellen, interaktiven Austausch profitieren. Auch er gibt aber zu bedenken, dass persönliche Treffen der Mitglieder nicht ersetzbar seien. Die gelebte Transparenz der Parteikommunikation berge immer noch Probleme. Die Öffentlichkeit habe sich noch nicht an diese neue Offenheit gewöhnt. Sie sei entsetzt, wenn ein Streit offen ausgetragen werde und nicht in einem Hinterzimmer stattfinde. Dabei werde die Informationsflut weiter zunehmen und das Erreichen von Aufmerksamkeit immer wichtiger werden. ■

Michael Schröder

„Virtuelle Revolutionen gibt es nicht“

Das Internet und seine Möglichkeiten in Diktaturen

Kann das Internet auch und gerade in Ländern mit geringer Medienfreiheit und ausgeprägter Zensur neue Möglichkeiten und Chancen der politischen Beteiligung und Kommunikation bieten? Die Revolutionen in Nordafrika boten dafür Anhaltspunkte. Drei Experten rieten zur Differenzierung und genauem Hinschauen.

Im Iran ist nach der Grünen Revolution im Jahr 2009 eine bedenkliche Stille eingetreten – auch im Internet, meinte jedenfalls Martin Weiss, ARD-Korrespondent in Teheran. Es gebe auch keine Hoffnung auf Veränderung. Gegen Blogger und andere Oppositionelle werde hart vorgegangen. Die Filterung und Sperrung von Servern und Internetseiten sei im Iran sehr restriktiv: „Das Internet ist für die Machthaber generell verdächtig“, sagte Weiss.



Martin Weiss: „Das Internet ist für die Machthaber im Iran generell verdächtig“



Adrienne Woltersdorf:
„Chinesische Zensurtechnologie ist ein Exportschlager“



Leoni Abel: Soziale Netzwerke als Ventil für die Unzufriedenheit der Jugend
Fotos: Friedl

Dabei haben überhaupt nur 30 Prozent der Iraner Zugang zum Internet. Die Übertragungsraten seien so langsam, dass der schnelle Austausch von Informationen und das Benutzen von modernen Netzwerken deutlich erschwert seien. Die Grüne Revolution konnte also nicht auf moderne Kommunikationsmittel bauen. Dazu komme eine rigorose Zensur. Auf gesperrten Seiten werde der Leser animiert, statt dieser unreinen Seiten doch lieber eine bestimmte Sure im Koran zu lesen. Die sei dann auch gleich verlinkt und schnell abrufbar.

der Welt. Und die chinesische Zensurtechnologie habe sich inzwischen zum Exportschlager entwickelt, sagte Woltersdorf. Im Jahr 2010 habe es zwar geradezu eine „Twitter-Explosion“ gegeben, aber die Zensur sei effektiv und subtil zugleich. So seien bestimmte Begriffe wie „Jasmin-Revolution“ im Netz nicht auffindbar. Diese „Great Firewall“ der Zensurbürokratie sei auch mit Hilfe westlicher Firmen entwickelt worden. Und die Internetanbieter selbst müssten die Zensur organisieren, nicht die Regierung. Wer das nicht praktiziert, verliert seine Lizenz und damit viel Geld

auf einem riesigen Markt. Wer dennoch versuche, indizierte Begriffe im Netz zu finden, der müsse mit Computerproblemen wie einem längeren „Aufhängen“ rechnen. Ausländische Internetseiten würden geblockt, auch die Deutsche Welle oder Spiegelonline seien nicht abrufbar. Und eine SMS mit problematischen Inhalten deaktiviert auch schon mal den Chip im Mobiltelefon.

Der Arabische Frühling in Tunesien und Ägypten war keine „Twitter- oder Facebook-Revolution“, wie vielfach behauptet wurde. Das meint jedenfalls die Islamwissenschaftlerin Leoni Abel. Sie erklärte, dass nur durch das Zusammenspiel von herkömmlichen und modernen Kommunikationsmitteln die Revolutionen möglich wurden – und dass zwischen den einzelnen Ländern gravierende Unterschiede bestehen. Ausgangslage, Zensur und Verlauf seien in Tunesien, Ägypten, Syrien und dem Jemen nicht einfach gleichzusetzen.

Am höchsten sei die Internetverbreitung und Facebook-Nutzung in Tunesien. Die Jugend hätte sich die sozialen Netzwerke als Ventil für ihre Unzufriedenheit gesucht. Dagegen sei das Internet in Ägypten relativ wenig verbreitet. Dafür habe man aber über eine eigene Protestkultur verfügt und konnte aus den tunesischen Erfahrungen lernen. Entscheidend seien aber überall das Zusammenspiel und das Wirken der klassischen Medien wie z.B. Al Jazeera, der „kein Bin-Laden-Sender“ sei, und den neuen Möglichkeiten des Internets. Und ohne Revolutionäre, die auf die Straße gehen und ihr Leben riskieren, sei auch keine Revolution möglich, sagte Abel. ■

Michael Schröder

Am Medienpuls der Hauptstadt

Unterschiedliche Bilanzen am Ende des Superwahljahres

Der Termin für die Studienreise mit Sozialkundelehrern nach Berlin hätte nicht besser gewählt werden können. Eine Woche nach der Berlin-Wahl kreiste im Trubel des Politikbetriebs in dieser Parlamentswoche Ende September alles um die Frage, ob die schwarz-gelbe Regierungskoalition bei der Abstimmung über die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms eine eigene Mehrheit bekommt. Prominente Politiker und Journalisten waren gefragte Gesprächspartner der Seminargruppe unter Leitung von Akademiedozent Michael Schröder und seinem Dillinger Kollegen Gottlieb Gaiser.

Richard Hilmer von infratest-dimap bot mit seinen Erläuterungen zur Wahl- und Meinungsforschung eine gute Grundlage für die folgenden Diskussionen der Tagung. Er erklärte das schwieriger werdende Geschäft der Wahlforscher angesichts sinkender Wahlbeteiligungen, wachsender Wechselbereitschaft der Wähler, der Zunahme des Stimmensplittings („mehr strategische Wähler“) und einer immer kurzfristiger getroffenen Wahlentscheidung. Er verwies dabei auf das immer ausgereiftere Modell der Wahlnachfrage (exit polls), mit dem unmittelbar nach Schließung der Wahllokale zuverlässige Prognosen und später auch Hochrechnungen über den tatsächlichen Wahlausgang getroffen werden können.

Grüne Höhenflüge

Im Fraktionssaal der Grünen im Reichstagsgebäude traf die Gruppe mit Reinhard Olschanski zusammen, dem persönlichen Referenten der Grünen-Vorsitzenden Claudia Roth. Er vermittelte den Eindruck, dass die Grünen von ihrem aktuellen Höhenflug nicht überrascht sind („wer über Jahrzehnte hinweg die gleichen Prinzipien vertritt, wird dafür auch belohnt“) und trotzdem auf dem Teppich bleiben. Ein Ergebnis wie in Baden-Württemberg, wo die Grünen nun den Ministerpräsidenten stellen, sei auf die nächste Bundestagswahl nicht übertragbar. „Ich hoffe, man sieht uns auch an, dass wir

nicht dem Größenwahn verfallen“, sagte Olschanski. Natürlich ging es in dem Gespräch auch um Themen, bei denen es auch für Grüne ungemütlich wird: Erstens verantwortet die einstige Friedenspartei Kriegseinsätze – da befindet man sich „in einem permanenten Lei-



Richard Hilmer erläuterte die aktuellen Probleme der Wahlforscher
Fotos: Haas / Schröder

densprozess“, wie Olschanski seufzend zugab. Zweitens scheinen die Grünen als Partei des städtisch-intellektuellen Bürgertums neuerdings die Landwirtschaft zu vergessen – ein unberechtigter Vorwurf, meint der grüne Fraktionsmitarbeiter. Die Partei habe Konzepte für Bio-Landwirtschaft und ökologische Flächennutzung und mache auch Wahlkampf in Dörfern. Drittens haben

sich grüne Themen längst auch bei anderen Parteien etabliert – diesen vermeintlichen Themenklau der Konkurrenz sieht man aber gelassen. „Endlagerung von Atommüll, Bürgerrechte, es gibt genug Streitpotenzial“, meinte Olschanski, räumte aber ein: „Der Glanz des Neuen ist verblasst, das Frischesiegel tragen andere.“ Gegen einen jungen, frischen, manchmal auch naiven Abgeordneten der Piraten aus Berlin-Kreuzberg sieht ein in die Jahre gekommener Grüner eben doch alt aus.

Wahlkampf und Politkampf

Tissy Bruns, Chefkorrespondentin des Berliner Tagesspiegels, begrüßte die Seminargruppe im Saal der Bundespressekonferenz. Wo sonst die Politiker den Journalisten Rede und Antwort stehen, analysierte Bruns das System von Politik und Medien in Ber-



Tissy Bruns über Journalisten: „Sie sind Mitmacher statt Kontrolleure“

lin-Mitte („Republik der Wichtigster“) nachdenklich und äußerst selbstkritisch. Bruns verfügt mittlerweile über mehr als 20 Jahre Hauptstadterfahrung in Bonn und Berlin als Korrespondentin für verschiedene Zeitungen und war selbst als erste Frau von 1999 bis 2003 Vorsitzende der Bundespressekonferenz. Sie meint: Wenn in den Re-

daktionen nur noch aufregende (und nicht relevante) Themen gefragt seien, wenn die Journalisten selbst ins Geschehen eingreifen, statt es zu kommentieren – dann geben sie ihre Macht als vierte Gewalt im Staat ab, weil sie die Politik selbst inszenieren: „Sie sind Mitmacher statt Kontrolleure.“

Die Politik habe die Gestaltungskraft größtenteils an die Finanzmärkte abgegeben. Journalisten und Politiker tun gemeinsam so, als würden sie alle Probleme durchschauen und lösen können. „Und der Zuschauer steht starrnend vor der Tür und wendet sich ab.“ Der Erfolg der „Laien-Partei Piraten“ in Berlin habe aber gezeigt, dass Politik immer noch vom Volk ausgeht, dass viele mitmachen und Veränderung wollen. Es bestehe eine Sehnsucht nach mehr Orientierung und Beratung durch die Medien. So könne der Qualitätsjournalismus wieder an Bedeutung gewinnen.

Die Bundestagsabgeordnete und Generalsekretärin der Bayern-FDP Miriam Gruß sieht ihre Partei in Bayern als Motor der Staatsregierung und Korrektiv der CSU – eine von Teilnehmern als „idyllisch“ beschriebene Schildderung der tatsächlichen Koalitionsverhältnisse in München.

Weit schwieriger sei die Situation auf Bundesebene, wo man „mit vielen hausgemachten Problemen und dem menschlichen Umgang miteinander“ zu kämpfen habe. Schnell entwickelte sich eine Diskussion über die Lage der Liberalen in Bund und Ländern und aktuelle politische Probleme wie den Euro-Rettungsschirm. Miriam Gruß ist froh, dass die Parlamentarier (anders als noch 2008) die Rettungsschirme von heute nicht nur abnicken, sondern auch beraten können. Nur habe man zu wenig Zeit, um der Bevölkerung alles richtig zu erklären – auch nicht eigene Erfolge wie Abschaffung der Wehrpflicht, die Einführung der UN-Kinderrechtskonvention oder das Pochen auf Haushaltsdisziplin und Steuersenkungen. Die Augsburger Abgeordnete hofft nun auf eine Richtungsentscheidung für die FDP auf dem nächsten Bundesparteitag. „Wir müssen wieder mit einer Stimme sprechen



Impressionen aus dem Berliner Regierungsviertel

und für einen ganzheitlichen Liberalismus eintreten, nicht nur für den in der Wirtschaft.“

Nicht in glänzender Verfassung

Auch Gerda Hasselfeldt, CSU-Landesgruppenvorsitzende im Bundestag, sieht die Regierungskoalition nicht in glänzender Verfassung und macht da-



Sabine Heimbach muss als stellvertretende Regierungssprecherin die Koalition gut verkaufen

für vor allem den kleinen Koalitionspartner verantwortlich, um den man sich existentielle Sorgen machen müsse. Die FDP mache sich selbst das Leben schwer, indem sie auf nicht machbaren Steuersenkungen beharre und so Wähler enttäusche. Stattdessen gebe es noch genug Baustellen für die Regierung in den verbleibenden zwei Jahren bis zur nächsten Bundestags-

wahl: Reform der Pflegeversicherung, Fachkräftemangel, innere Sicherheit und PKW-Maut. Früher seien Union und FDP als ideale Partner gesehen worden, die sich inhaltlich gut ergänzten. Heute habe man damit ein Vermittlungsproblem, sagte die CSU-Politikerin.

Sabine Heimbach ist stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung und hat derzeit die sicher nicht leichte Aufgabe, die Politik der schwarz-gelben Koalition wählervwirksam zu präsentieren. Sie erläuterte den Lehrern die Aufgaben des Bundespresseamtes und verwies auf die notwendige Koordination innerhalb der Ministeriumssprecher, um ein einheitliches Bild der Regierungspolitik zu geben. In Zeiten der Beschleunigung von Themen und multimedialer Präsenz sei dies oft ein schwieriges Unterfangen.

Bei einem Besuch im ARD-Hauptstadtkstudio konnten sich die Teilnehmer ein Bild von den Produktionsbedingungen des täglichen Hauptstadtjournalismus machen. Die Studioleiterin des Bayerischen Rundfunks Eva Corell machte am Beispiel von Aufstieg und Fall des ehemaligen Verteidigungsministers Karl-Theodor von und zu Guttenberg deutlich, wie sehr Politik und Medien

verbandelt sind. Politiker können rauf- und auch wieder runterschrieben werden, wenn sie sich bei ihrer Karriereplanung zu stark auf einzelne Medien verlassen.

Überalterte CDU-Wähler

Im Konrad-Adenauer-Haus, der CDU-Parteizentrale, analysierte Alexander Gruber die Verluste und Gewinne seiner Partei bei den verschiedenen Wahlen des abgelaufenen Jahres. Die Wende in der Energiewende sei aus der Sicht der Union nicht glaubwürdig präsentiert worden. Die traditionellen Milieus würden zersplittern und bei den Jungwählern habe die CDU ein Problem – ihre Wählerschaft ist überaltert. Ein Trost für die Strategen in der Parteizentrale um Angela Merkel

und Generalsekretär Gröhe: Auch die SPD hat immer noch ein Glaubwürdigkeitsproblem – deswegen kann die Opposition derzeit auch nicht die Schwäche der Regierung in Wählerstimmen ummünzen. Dass sich das ändert, daran arbeitet Thorben Albrecht, Abteilungsleiter Politik im

Willy-Brandt-Haus der SPD-Zentrale in Berlin. Er wollte die schwerste Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl 2009 nicht beschönigen.

Seit 1998 habe sich ihre Wählerschaft von 20 auf 10 Millionen halbiert. Das auch durch die Agenda 2010 verlorene

Vertrauen müsse mühsam wieder zurück gewonnen werden und die SPD sei durch heftige Wahlniederlagen geläutert. Bei jüngeren, städtischen und gut gebildeten Wählern habe die Partei noch ein Problem, die mittleren und älteren Jahrgänge seien durch die Agenda-Politik enttäuscht von der SPD abgewandert. Mittlerweile regeneriere sich die SPD aber durch die Erfolge bei den Landtagswahlen seit 2009. ■

Michael Schröder /
Sebastian Haas



Sich mal fühlen wie Ulrich Deppendorf: Besuch im ARD-Hauptstadtstudio

Ni hao Tutzing!

Chinesische Dozenten zu Gast in der Akademie



Chinesische Deutschlandexperten informierten sich in der Akademie eine Woche lang über aktuelle politische Themen in der Bundesrepublik und Europa

Die Akademie für Politische Bildung Tutzing ist neben Fachkonferenzen auch dem internationalen Austausch und der Fortbildung internationaler Experten verpflichtet. Nachdem deutsche und russische Historiker über Wendemarken in der gemeinsamen Geschichte (1941 – 1961 – 1991) diskutierten, tagten chinesische Experten eine Woche lang am Starnberger See.

Sie informierten sich über folgende Themen: Grundlagen des politischen Systems der Bundesrepublik, soziale Marktwirtschaft und Sozialstaat, Medien und Medienfreiheit, Deutschland in der Europäischen Union, Parteidemokratie im Wandel, Föderalismus und das Bild von China hierzulande. Außerdem standen Besuche des Bayerischen Landtags, der KZ-Gedenkstätte Dachau und des Buchheim-Museums auf dem Programm. ■

MS

7. Forum „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“:

Vertrauen und Verantwortung als Fundamente der Ökonomie

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise drängt sich der Eindruck auf, es fehle eine am Allgemeinwohl orientierte „Verantwortungskultur“ der politischen und wirtschaftlichen Eliten. Wie ist das Vertrauen in wirtschaftspolitische Entscheidungen und Unternehmen zurückzugewinnen? Wie kann und sollte Verantwortung in der Wirtschaft ethisch begründet werden? Das waren zentrale Fragen des 7. Forums „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“.

Heinrich Oberreuter wies darauf hin, dass die Wirtschaftskrise die Bevölkerung verunsichert und zu einer wachsenden Distanz zur Politik geführt habe.

Ulrich Blum vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) ergänzte: „Vertrauen in die Politik generiert sich in Deutschland, aber auch in China nur unter den Bedingungen des Wirtschaftswachstums.“ Er unterstellte der Politik zwar ein verantwortungsvolles Handeln. Dieses stehe jedoch vielfach unter Erkenntnisvorbehalt, denn in einer zunehmend virtuellen Welt falle es schwer, Entwicklungen voraus zu denken. „Wir kennen den Resonanzboden der Weltwirtschaft nicht“, so Blum. Wie beim Brückenbau gebe es einen kritischen Punkt, an dem eine scheinbar stabile Situation durch sich selbst verstärkende Schwingungen umkippen könne. Eine wesentliche Lehre aus der jetzigen Krise sei es, Brandmauern im Finanzsystem zu errichten, um unkontrollierte Ausbreitungs- und Verstärkungsmechanismen zu unterbinden. Mit der Trennung des normalen Bankgeschäfts vom Investmentbanking wäre schon viel erreicht.

Jürgen Pfister, Chefvolkswirt der Bayerischen Landesbank, sah die Ursachen der gegenwärtigen Krise in einer Kombination von Markt- und Staatsversagen. Der Markt neige zu Übertrei-

bungen, wie beispielsweise auf dem amerikanischen Immobilienmarkt. Mangelhafte Regulierung habe solche Fehlentwicklungen begünstigt und beschleunigt. Ein weitgehend gelunge-



Ulrich Blum: Brandmauern im Finanzsystem errichten



Jürgen Pfister: Kombination von Markt- und Staatsversagen



Harold James: Krise des westlichen Wertesystems
Fotos: Haas

nes Krisenmanagement habe verhindert, dass aus dem Jahrhundertereignis der Lehman-Pleite und der folgenden Finanzkrise eine lang anhaltende Wirtschaftskrise geworden sei.

Mangelhafte Regulierung

Dennoch sei die Lage ernst, denn aus der Finanzkrise erwuchs eine Schuldenkrise, deren Lösung langen Atem verlange. Nur schrittweise könnten auch die Regulierungsdefizite beseitigt werden, doch sei man auf einem guten Weg. Basel 3 habe die Eigenkapitalanforderungen für Banken deutlich erhöht, eine Finanzmarktreform sei in den

USA eingeführt und in Europa wichtige Schritte eingeleitet worden.

Jede große Wirtschaftskrise korrespondiere mit tieferen moralischen und politischen Krisen, so der Wirtschaftshistoriker Harold James von der University of Princeton.

Fehlende Verantwortung

Die fehlende Verantwortung der Eliten sei zwar beklagenswert, doch müsse man tiefer analysieren. Der Zusammenbruch des Finanzsystems sei auch

Ausdruck einer Krise des westlichen Wertesystems. Ein Beispiel verdeutlicht diesen Trend: Auf dem Höhepunkt der Finanzblase seien moderne Kunstwerke ähnlich wie neue Finanzprodukte gehandelt worden. Je obskurer und undurchschaubarer, desto größere Attraktivität hätten sie für den Käufer erlangt, ohne dass ihr Wert zu verstehen gewesen sei.

James konstatierte, dass unterschiedliche Diskurs-Traditionen es erschweren, Moral und Wirtschaft zu verbinden. Während die Moralphilosophie normativ sei, vermeide die Wirtschaftswissenschaft normative Aussagen ganz bewusst. Die großen Fragen nach Gerechtigkeit, Glück und

Freiheit könnten aber nur in einer übergreifenden Denkweise angemessen behandelt werden. Auch die Ursachen von Wirtschafts- und Finanzkrisen seien nur in einem umfassenden Ansatz zu verstehen. Der Schlüsselbegriff zum Verständnis solcher Ereignisse sei die Verschuldung. Im aktuellen Fall hätten sich die privaten Schulden so hoch aufgetürmt, dass sie kollektiviert, d.h. von der Gemeinschaft übernommen werden mussten, um einen Zusammenbruch zu vermeiden. Doch in etlichen Fällen (Island, Irland, Griechenland) hätten sich schließlich die Staaten übernommen, was zur faktischen Staatspleite geführt habe. Entscheidend sei nunmehr die Frage, wie man sich entschulde.

Bei extrem hoher Verschuldung – so Harold James – entstehe vor allem dann eine radikale Kapitalismuskritik, wenn sie mit deflationären Tendenzen, d.h. einem Wirtschaftseinbruch mit hoher Arbeitslosigkeit einhergehe. Die Forderung nach umfassender Schuldenstreichung sei dann eine dieser radikalen Forderungen. Die Aufführung gegen die Marktwirtschaft äußere sich zu allererst in der Verneinung aller Formen der Verschuldungspraktiken, was sowohl im Islam als auch im mittelalterlichen Christentum zu beobachten gewesen sei.

Aus dieser theologischen historischen Sicht – so folgerte James – würde für die Gegenwart manchmal der Schluss gezogen, die Finanzbeziehungen zu vereinfachen, den Schuldenstand zu reduzieren und den Geldfluss über weite Entfernung zu limitieren. Radikalere Forderungen beträfen sogar die regelmäßige Schuldenannullierung wie im Alten Testament. Solche Lösungen seien wohl kaum praktikabel, doch sollte man darüber nachdenken, jene künstliche durch das Steuersystem (u. a. die steuerliche Absetzbarkeit von Hypothekenkrediten oder von Kreditzinsen von Unternehmen) induzierten Anreize zu beseitigen, die das Schuldennachen begünstigten.

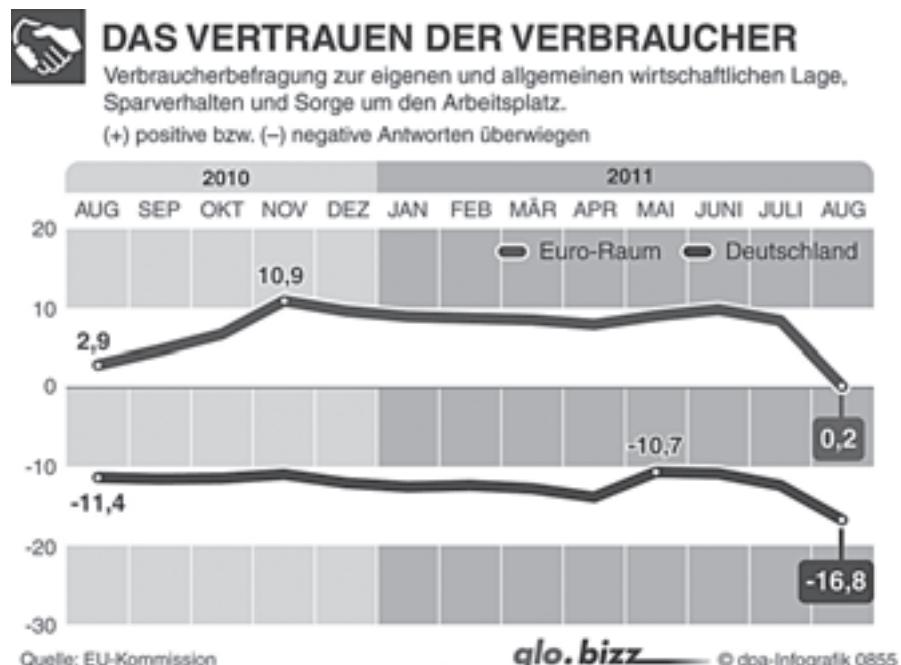
Ein alternativer Ansatz wären vertrauensbildende Maßnahmen, so Harold James.

Vertrauen bilden

Doch wie könnte man Vertrauen in einer Welt schaffen, in der diese große Schuldenabhängigkeit das Vertrauen zerstöre? Vertrauen lasse sich nicht wie eine Steuergesetzgebung von oben einführen. Vertrauen sei an die Fähigkeit von Empathie gebunden, d.h.

einer anderen Quelle speisen. Die einflussreichste Schule sehe die Religion als Basis der Würde, des inneren Antriebs und für das Verhalten des Menschen. In diese Richtung gehe die These Max Webers von der protestantischen Ethik als Voraussetzungen des modernen Kapitalismus.

Die Marktwirtschaft brauche – so Harold James weiter – allgemein akzeptierte, dauerhaft gültige Werte als Leitlinien. Würden diese Werte erodieren,



sich in die Lage des anderen hineinzudenken. Durch die Schaffung moderner Staaten sei dieses individuelle, teilweise religiös begründete Mitgefühl und die Vertrauensbeziehungen im Familienverband durch das Vertrauen in übergeordnete Institutionen abgelöst worden. Genau dieses erodiere jedoch zunehmend in der Krise.

Marktwirtschaft braucht Werte

Harold James verwies darauf, dass viele Wissenschaftler immer stärker zu der Überzeugung kämen, dass die Marktwirtschaft nicht auf Basis jener Werte funktionieren könne, die sie als Resultat ihrer eigenen Aktivitäten und des Warenaustausches selbst erzeuge. Die Grundwerte müssten sich aus

dann sei Instabilität die Folge. Offensichtlich müsse man diese Erkenntnisse in der modernen globalisierten Welt noch einmal lernen, denn auch sie erzeugen nicht aus sich selbst heraus einen tragfähigen Kanon nachhaltiger Werte. Im Gegenteil: Der ständige Wandel schaffe Verunsicherung und habe tendenziell eine zersetzende Wirkung. Wir müssten uns vermehrt wieder die Frage stellen, ob die Logik des menschlichen Handels mit der inneren Natur und mit der Entwicklung des menschlichen Wesens korrespondiere. In diesem Sinne habe uns die Finanzkrise wieder grundsätzliche Fragen vor Augen geführt.

Die Frage nach der Bedeutung des Vertrauens im Wirtschaftsleben verband Ulrich Hemel, Institut für Sozial-

strategien Berlin, mit Überlegungen zu einer menschenwürdigen Wirtschaftsordnung.

Ratlosigkeit und Unsicherheit

In großen Krisenzeiten wie den heutigen bestehe ein Handlungszwang unter der Nebenbedingung großer Ratlosigkeit und Unsicherheit. Zunächst sei Vertrauen ein analytischer Akt, d.h. wem traue ich zu, bestimmt Probleme zu lösen. Des Weiteren sei es aber auch ein emotionaler Akt. Am konkreten Beispiel der Finanzkrise: Der Politiker, der zu entscheiden habe, verfüge meist gar nicht über das Fachwissen und vertraue deshalb Wissenschaftlern. Aber es stelle sich die Frage, welchen? Hier spielten unweigerlich intuitive und emotionale Fragen eine wichtige Rolle, genauso wie bei dem einfachen Bürger, der einer Partei mehr vertraue als der anderen.

Spiel- und Herdentrieb

Die jetzige Finanzkrise – so Hemel – sei ausgelöst worden durch Spiel- und Herdentrieb, Selbstüberschätzung, mangelnde Regulierung und Kontrolle. Gegenwärtig vollziehe sich aber eine Änderung des Weltbildes, das in den

letzten zwei Jahrzehnten durch eine zunehmende Mathematisierung der Risikoanalysen geprägt gewesen sei. Der Glaube an die Berechenbarkeit der Welt habe zu einem überzogenen Systemvertrauen geführt, das die Menschen im Falle nicht erwarteter Ereignisse vor große Probleme stellte. Zudem sei eine zunehmende Durchdringung aller Lebensbereiche durch ökonomische Rationalitätskriterien zu beobachten. Eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung müsse sich jedoch in vielen gesellschaftlichen Bereichen auch an nicht-monetären Kriterien orientieren. Ethische Kriterien sollten nicht nur als Beiwerk, sondern auch als integraler Teil des Wirtschaftens verstanden werden. Abschließend mahnte Ulrich Hemel mutige weitere Schritte in Richtung europäischer Integration an, ohne die die gegenwärtige Krise nicht zu lösen sei.

Für Kurt Imhof, Soziologe von der Universität Zürich, sind Vertrauen und Reputation die Voraussetzung dafür, dass Handlungsketten entstehen, die letztlich unsere Entscheidungen wesentlich erleichterten. Nähmen Erwartungsenttäuschungen überhand, würde das sich nur langfristig aufbauende Vertrauen in Institutionen schlagartig zerstört und zwangsläufig zu einer

Krise führen. Wenn dann noch der Rechtsstaat als Ausfallbürgschaft für Vertrauensverluste in Teilen der Gesellschaft wegfalls, dann sei das Resultat ein „failed state“, wie es in Teilen Afrikas zu beobachten sei. Organisierte Kriminalität und ethnisch begründete Gruppenstrukturen dominierten dann die Gesellschaft.

Medien skandalisieren

Welche Rolle spielen Medien in Wirtschaftskrisen? Kurt Imhof hat in seinen Studien herausgefunden, dass Krisenzeiten durch eine enorme Kommunikationsverdichtung geprägt sind. Während seiner Meinung nach zunehmend die Frühwarnfunktion der Medien verloren gegangen sei, berichteten sie in der Krise intensiv, jedoch meist über das Gleiche. Sie neigten in solchen Zeiten zu Übertreibungen und Skandalisierungen. Damit wirken sie krisenverstärkend. Dies würde auch durch die in den 1980er Jahren einsetzende Kommerzialisierung der elektronischen Medien verstärkt. Verlegerdynastien seien zugunsten von Medienkonzernen verschwunden, die Bindung der Redaktionen an Parteien habe nachgelassen und im Zentrum stünde nicht mehr der Staatsbürger, sondern der Medienkonsum, um dessen Aufmerksamkeit man durch möglichst spektakuläre Berichterstattung ständig buhle.

Abschließend diskutierten Thomas Beschorner, Olaf J. Schumann und Michael Aßländer über verschiedene Richtungen in der Wirtschaftsethik. Einig war man sich, dass Unternehmen zunehmend auch soziale Verantwortung (Corporate Social Responsibility: CSR) und ethische Standards berücksichtigen würden. Doch wie habe man dies zu bewerten? Ist dies ein echter Fortschritt, oder sind solche Standards nur eine verkaufsfördernde Alibifunktion? Diese Frage wurde kontrovers diskutiert, genauso wie die von Anette Kleinfeld vorgestellte ISO Norm 26000, mit der Unternehmen ein ethisch-normgerechtes Verhalten einführen und sich wohl auch bald zertifizieren lassen können. ■

Wolfgang Quaisser



Erinnerung an einen Gründervater im Doppeljubiläumsjahr

Hanns Seidels 110. Geburtstag am 12. Oktober und sein 50. Todestag am 5. August geben Anlass, an einen der Gründerväter unserer Akademie zu erinnern. Er eröffnete am 21. Februar 1959 als Bayerischer Ministerpräsident die Tutzinger Akademie im Rahmen eines Festaktes in der Aula der Universität München.

Dabei hob Seidel in seiner Ansprache die staatspolitische Bedeutung der politischen Bildung hervor und bezeichnete es als „lohnende Aufgabe“ der Akademie und ihrer Mitarbeiter, „an verantwortlicher Stelle zur Festigung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung beitragen zu dürfen“. Zudem sagte er der Akademie die volle Unterstützung der Staatsregierung zu. Seidel wörtlich: „Nun haben wir die Akademie in der Form und mit dem Auftrag, wie sie durch Mehrheitsbeschluss des Landtags festgelegt wurde, und es ist deshalb unsere Pflicht geworden, sie mit allen Kräften zu unterstützen. Wir wollen dies so wirksam und gewissenhaft wie möglich tun.“

Dass die ausgesprochene Zusage keine rhetorische Pflichtübung, sondern wahrhaftig und verlässlich war, das zeigt der Rückblick auf die unmittelbare Gründungsphase der Tutzinger Akademie. Schließlich waren der Verabschiedung des auf Initiative der sogenannten Viererkoalition aus SPD, FDP, BP und GB/BHE eingebrachten „Gesetz über die Errichtung einer Akademie für Politische Bildung“ durch den Bayerischen Landtag am 27. Mai 1957 teils heftige parlamentarische wie auch innerparteiliche Kontroversen über den Königsweg politischer Bildungsarbeit in Bayern vorangegangen.

Seidel selbst war als Oppositionsführer während der Regierungszeit des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner sowie als CSU-Parteivorsitzender (ab 1955) daran maßgeblich beteiligt gewesen: In der ersten Lesung des Akademiegesetzes im Landtag vom 24. April 1956 war

es denn auch Seidel, der für die CSU-Opposition auf die Einbringungsrede der FDP-Abgeordneten Hildegard Hamm-Brücher erwiderte.



Politischer Brückebauer: Hanns Seidel (1901 – 1961)

Foto: Archiv HSS

Nach dem Auseinanderbrechen der Viererkoalition war Seidel 1957 mit der Wahl zum Bayerischen Ministerpräsidenten auf dem Höhepunkt seiner Karriere angekommen. Nach der für seine Partei erfolgreichen Landtagswahl von 1958 konnte er mit einer Koalition aus CSU, FDP und GB/BHE sein Modernisierungsprogramm für Bayern fortset-

zen. Neben dem begonnenen Umbau Bayerns vom Agrar- zum Industrieland geht etwa im kulturpolitischen Bereich die Neuregelung der Lehrerbildung auf ihn zurück.

Seidel war es ernst mit dem Vollzug des inzwischen verabschiedeten Akademiegesetzes – auch gegen Widerstand aus den eigenen Reihen. Im März 1958 berief der Ministerrat Felix Messerschmid für die Dauer von sechs Jahren zum Gründungsdirektor der Akademie. Er blieb es bis 1970.

Nach einer Unfallverletzung im Jahre 1958 hatte Seidel mit massiven gesundheitlichen Problemen zu kämpfen, die ihn schließlich zum Verzicht auf das Amt des Ministerpräsidenten (1960) sowie zur Abgabe des Parteivorsitzes (1961) an Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß zwangen. Zuvor hatte er mehrfach für Wochen dem Amt fernbleiben müssen. Am 5. August 1961 starb Hanns Seidel an einer Lungenentzündung. Er ist auf dem Münchner Westfriedhof begraben.

Seidel hat es nach innen wie nach außen besonders gut verstanden, Brücken zu bauen und integrierend zu wirken. Mit seiner politischen Grundmaxime, nicht zu überreden, sondern Kraft der besseren Argumente zu überzeugen, hat er sich auch bei seinen politischen Kontrahenten hoher Wertschätzung erfreuen können. Seit Beginn ihrer Tätigkeit im Jahre 1967 ist die CSU-nahe politische Stiftung nach ihm benannt. ■

Steffen H. Elsner

Literatur:

Karl-Ulrich Gelberg: „Eine Existenzfrage unserer Demokratie“. Die Gründung der Akademie für Politische Bildung, München: Olzog 2007

Heinrich Oberreuter (Hg.) / Steffen H. Elsner (Bearb.): Kristallisierungskern politischer Bildung. Zur Geschichte der Akademie 1957 bis 2007. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, München: Olzog 2009

Die wilden 60er Jahre

NPD und „Neue Linke“ als Herausforderung für politische Bildung

„Es wird wohl für die Zukunft unverständlich bleiben und zu einer Kuriosität des Gesetzes der Akademie gehören, dass ein Mitglied einer rechtsradikalen Partei die Akademie für Politische Bildung – und Erziehung der Bürger zur demokratischen Gesinnung im vornehmsten Sinne des Wortes – nun jetzt beraten soll.“ Für den Straubinger Diplomingenieur und langjährigen Repräsentanten (1959–1985) des Landesverbands der israelitischen Kultusgemeinden in Bayern im Akademiebeirat, Stefan Schwarz, war es nur schwer erträglich, mit einem Vertreter jener politischen Richtung zusammenzuarbeiten, „die soviel Unglück, Leid und Schmach Deutschland und der Menschheit zugefügt hat.“ Schwarz bezog sich dabei auf das Recht der von 1966 bis 1970 im Bayerischen Landtag vertretenen NPD gemäß dem Akademiegesetz einen Vertreter in den Beirat der Akademie zu entsenden.

Gesellschaftliche Konflikte

Die seit Mitte der 1960er Jahre aufkommenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und Konfliktsituationen hatten eine geradezu katalytische Wirkung auf die demokratische Neuorientierung der politischen Bildung entfaltet. In dieser aufgeheizten Zeit sind nicht zuletzt vermehrt neue Formen und methodische Innovationen innerhalb der politischen Bildungsarbeit zum Durchbruch gelangt. Die angespannten Verhältnisse machten das Geschäft der politischen Bildner nicht eben leichter. Politische Bildungsarbeit wurde – in den Augen der damaligen Akteure – „ständig schwieriger und verantwortungsvoller“. Ihr Kern bestand seit den Anfängen der Nachkriegszeit und nicht erst im Angesicht der beunruhigenden Zuspitzungen gegen Ende der 1960er Jahre darin, den bundesdeutschen Staatsbürger zu einer kritisch-loyalen Haltung gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu befähigen.

Nachdem der erste Schock über die politischen Erfolge der Rechtsextremen, die „Unruhe der Jugend“ und das Aufkommen der „Neuen Linken“ überwunden war, wurden von verschiedenster Seite Anstrengungen unternommen, die auf eine Intensivierung und neue Formen politischer Bildungsarbeit abzielten:

Auch in der Bayerischen Staatsregierung suchte man Mittel und Wege, den akuten gesellschaftspolitischen Herausforderungen zu begegnen: In seiner Haushaltrede 1967 hatte Kultusminister Ludwig Huber die Absicht geäußert, einen ständigen „Beirat für Fragen der politischen Bildung“ ins Leben zu rufen, dem auch Akademiedirektor Messerschmid angehören sollte. Mit dieser Initiative verband er die Absicht, „dass der zu gründende Beirat ein Gremium darstellt, das Kraft seines Ansehens und seiner Sachkenntnis die (staatliche) politische Bildung fördern und ihr wesentliche Impulse geben kann.“

Politische Initiativen

Ministerpräsident Alfons Goppel hatte seinerseits Träger der politischen Bildung im Mai 1969 in die Staatskanzlei eingeladen. Es wurden „Möglichkeiten der politischen Bildung in der Auseinandersetzung mit radikalen Strömungen“ erörtert. Dabei kamen alle Beteiligten überein, dass adäquate Maßnahmen und die erforderliche Breitenwirkung allein im engen Verbund aller demokratischen Bildungseinrichtungen Aussicht auf Erfolg hätten. Angeichts lautstarker Revolutionäre und politischer Propagandisten müsse zudem der enge Schulterschluss zur demokratischen Presse gesucht werden, um dem rationalen Diskurs Aufmerksamkeit und das nötige Gehör zu verschaffen.

In der Akademie bestand Einvernehmen darüber, dass auf die Irrationalität der Radikalen von links und rechts nicht mit Irrationalität oder Emotionen geantwortet werden dürfe. Den erkenn-

baren extremen politischen Strömungen – entweder zu einem extremen Nationalismus oder zu einem radikalen Nonkonformismus – sei im rationalen Diskurs zu begegnen. Den einzig gangbaren Weg sah man in der Aufnahme der Konflikte durch die politische Bildung und in der „Demokratisierung der demokratisierbaren Bereiche“. Die Revolte der jüngeren Generation wurde als „Zweifel an der Funktionstüchtigkeit der (bestehenden) demokratischen Institutionen“ gedeutet, wobei antidemokratische Äußerungsformen oder gewaltsame Proteste strikt zurückgewiesen wurden. Man setzte sich zum Ziel, die Rolle von Dissens und Konflikt in der pluralistischen Demokratie künftig stärker hervorzuheben. Diesen Grundannahmen trug das konkrete Veranstaltungsprogramm der Akademie Rechnung.

Publizistische Gegenstrategien

Neben entsprechenden Veranstaltungsangeboten hat die Auseinandersetzung mit politischen Extremen auch bei den Publikationen der Akademie ihren Niederschlag gefunden.

Die Auswirkungen auf die Gremien der Akademie waren vergleichsweise harmlos: Nach dem Gesetz verkörpert der Beirat die Pluralität der Gesellschaft. Dazu gehörte seit ihrem Wahlerfolg in Bayern aus dem Jahr 1966 auch die NPD, die mit 7,4 Prozent der Stimmen über 15 Abgeordnete verfügte. Als deren Vertreter wurde der Münchner Schriftsteller Wulf-Dieter Burwitz (Schwiegersohn von Heinrich Himmler) berufen. Laut Protokoll blieb seine Mitwirkung allerdings auf die schlichte Anwesenheit in drei Sitzungen beschränkt. Auch in das Kuratorium war mit dem Landtagsabgeordneten Benno Herrmannsdörfer im Jahre 1968 erstmals ein NPD-Vertreter berufen worden, der jedoch an keiner Gremiensitzung teilgenommen hat. ■

Steffen H. Elsner



Heinrich Oberreuter (Hrsg.)
Am Ende der Gewissheiten
Wähler, Parteien und Koalitionen in Bewegung
Olzog Verlag 2011, 416 S., 26,90 Euro
ISBN 978-3-7892-8209-6

Die Bundestagswahl 2009 offenbarte in neuen Dimensionen, wie tiefgreifend und wie schnell sich das deutsche Parteiensystem wandelt. Mit den Stammwählern und fest etablierten gesellschaftlichen Milieus schwindet auch die Voraussetzung für langfristige Stabilität und Kalkulierbarkeit der politischen Verhältnisse. In die Parteienlandschaft ist Bewegung eingezogen. Große werden kleiner, Kleine größer: Die Stimmanteile nähern sich an. Gleichzeitig steigt die Volatilität: Dramatische Abstürze wie Höhenflüge in der Wählergunst werden häufiger. Lange gewohnte Gewissheiten werden obsolet. Das gilt für das Wahlverhalten wie für parteipolitische Lagerbildungen. Neue Koalitionskonstellationen sind für die Zukunft nicht auszuschließen. Die Analysen in diesem Band beleuchten die diesen Entwicklungen zugrundeliegenden Prozesse.



Gero Kellermann
Verfassungsinterpretation
Das Grundgesetz als normative Ressource
im gesellschaftlichen Wandel
Tutzinger Schriften zur Politischen Bildung
(Hrsg. Akademie für Politische Bildung Tutzing)
Wochenschau Verlag 2011, 109 S., 12,80 Euro
ISBN 978-3-89974695-2

Der rapide gesellschaftliche Wandel wirft erhebliche normative Fragen auf. Um integrative Lösungen für seine Gestaltung zu finden, kann der moderne Staat nicht auf ein Mindestmaß an allgemein anerkannten ethischen Orientierungen und Spielregeln verzichten. In den Grundwerten der Verfassung spiegelt sich dieser Grundkonsens. Erhaltung und Verinnerlichung dieses Konsenses sind jedoch spezifischen Schwierigkeiten ausgesetzt. An paradigmatischen Beispielen der Verfassungsinterpretation über den Menschenwürdegrundsatz, das Problemfeld „Freiheit und Sicherheit“ sowie besonders kulturgeprägte verfassungsrechtliche Institutionen wird die Leistungsfähigkeit des Grundgesetzes als zeitgemäße normative Ressource untersucht.

Michael Schröder (Hrsg.)
Demokratie unter Druck
Herausforderungen für Politik und politische Bildung
Festschrift für Heinrich Oberreuter
zur Verabschiedung als Direktor der Akademie für
Politische Bildung Tutzing
München: Olzog 2011, 240 Seiten, 29,90 Euro
ISBN: 978-3-7892-8211-9

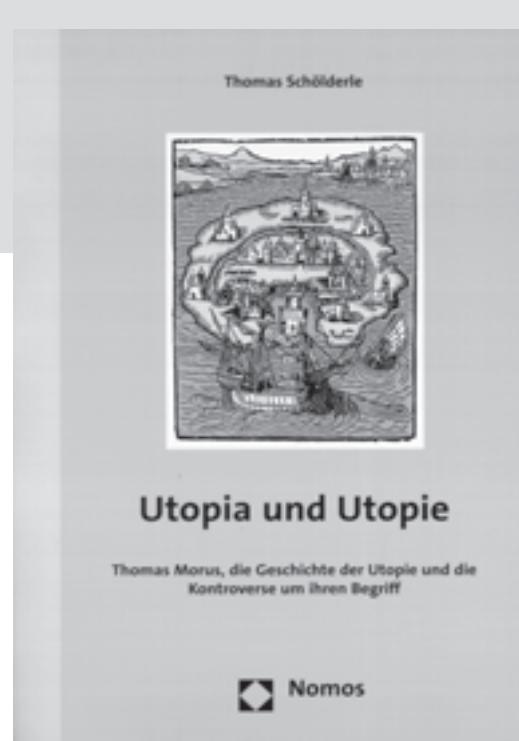
Wer regiert die Bundesrepublik? Gewählte Politiker im Bundestag oder Manager internationaler Konzerne? Spätestens seit der Bankenkrise 2008 und der Euro-Krise um Griechenland, Irland und Portugal zweifelt eine Mehrheit der Bürger endgültig am Pramat der Politik. Auch die Reaktionen auf die japanische Atomkatastrophe zeigen Regierung und Parlament eher als Getriebene denn als selbstständige Akteure – und täglich von Neuem zwingen die Medien der Politik ihre quotenfixierte Logik auf. Der Vertrauensverlust gegenüber den Eliten aus Politik, Wirtschaft und öffentlichen Institutionen ist gewaltig; den Parteien, Verbänden und Kirchen laufen die Mitglieder davon. Bei den meisten Wahlen sind inzwischen die Nichtwähler die stärkste Partei. Auf der anderen Seite entsteht ein neues und sehr lebendiges Bewusstsein für mehr Mitsprache und Teilhabe im demokratischen Prozess, wie es sich beispielsweise beim Protest gegen Großprojekte wie Stuttgart 21 manifestiert. Diese neuen Aktionsbündnisse als Ausdruck des zunehmenden Selbstbewusstseins emanzipierter

Thomas Schölderle
Utopia und Utopie
Thomas Morus, die Geschichte der Utopie und die Kontroverse um ihren Begriff
Nomos 2011, 540 S., brosch., 64,- Euro
ISBN 978-3-8329-5840-4

Die Sehnsucht nach besseren Welten prägt das Denken der Menschheit von Anfang an. Erst mit der „Utopia“ (1516) von Thomas Morus aber wurde das Wort geboren. Die vorliegende Studie fragt nach der Bedeutung von Morus' Musterschrift für die Geschichte der Utopie und den Streit um die begriffliche Fassung des Phänomens. Das Ergebnis lautet: Eine Orientierung des Begriffs an Morus ergibt Sinn. Nicht aber, weil er das Wort erfunden und ein literarisches Genre begründet hat, sondern vor allem, weil sich aus seinem Werk auch die meisten Kriterien eines allgemeingültigen Begriffs ermitteln lassen. Darüber hinaus entwickelt die Studie ein Analyseraster, das als praktikables Instrumentarium künftiger Forschung dienen kann.



Bürger machen das Regieren heute wesentlich komplizierter. Die Autoren beschreiben die Herausforderungen für Politik und politische Bildung in diesem Spannungsfeld und skizzieren mögliche Lösungsansätze.



Klaus Rimpel in der „tz“ vom 18. Oktober 2011:

Der Unpensionierbare jetzt im Unruhestand

... Oberreuter werde den politisch Interessierten auch im Ruhestand erhalten bleiben, „fürchte ich“, frotzelte Seehofer. „Bevor man seine Meinung gesagt hat, kommt er schon mit seiner Analyse dazu!“ Wie zum Beweis dafür hatte der Politikprofessor in der gestrigen *tz* der CSU Ratschläge ins Stammbuch geschrieben, wie sie aus der derzeitigen Krise herauskommen kann. Seehofer erklärte zu diesem „Abschiedsgeschenk“ Oberreuters an die CSU gestern Abend gleich zu Beginn seiner Rede vor der versammelten Polit-Prominenz: „Ein typischer Oberreuter-Tag begann für mich heute mit der *tz* München auf dem Frühstückstisch und zwölf Gebeten, wie ich künftig arbeiten soll.“ Aber auch wenn diese „Belehrungen nicht immer Anlass zur Freude“ sind, wie Seehofer meint: Kalt lassen Oberreuters Ratschläge den CSU-Chef dann doch nicht ... Und der Geehrte fügte schmun-

zelnnd hinzu: „Der Ernst der Situation ist noch nicht von allen erkannt. Deshalb bin ich der Meinung, dass meine Medienpräsenz durchaus noch erhöht werden könnte.“...



Horst Seehofer: „Und wann immer ich in ein Polit-Magazin, eine Fernsehsendung komme – Oberreuter ist schon da“

Fotos: Haas

Karsten Riechers in BILD-München vom 18. Oktober 2011:

Ein Abschied mit den Größten

... Seehofer (62) dankte Oberreuter, dem „Orakel von Tutzing“, und urteilte über ihn: „Unabhängig, unvermeidlich, unerreicht!“ Oberreuter hat aus der Akademie am Starnberger See laut Seehofer eine „überparteiliche Kaderschmiede“ gemacht und dabei ein „Höchstmaß an Unabhängigkeit“ erreicht. Legendär ist seine TV-Präsenz, über die der Ministerpräsident nur staunen kann: „Wann immer ich in eine TV-Sendung komme – Oberreuter ist schon da.“

OB Christian Ude (63) dankte Oberreuter für seine große Fairness, auch gegenüber den leidgeprüften bayerischen Oppositionsparteien. Seine Analyse: „Ihre Kommentare waren immer besser als unsere Ergebnisse.“...

(siehe Bericht Seite 8)

Alexander Kain in der „Passauer Neuen Presse“ vom 19. Oktober 2011:

Polit-Prominenz würdigt „Orakel von Tutzing“

... Deutlich humorvoller ging Ministerpräsident Horst Seehofer seine Rede an: Es vergehe praktisch kein Tag, an dem Oberreuter ihm nicht schon beim Frühstück aus einer Zeitung heraus Gebote und Ratschläge gebe. „Und wann immer ich in ein Polit-Magazin, eine Fernsehsendung komme – Oberreuter ist schon da“, frotzelte Seehofer. Oberreuter sei mit seinen Analysen manchmal so schnell, dass ihm als Politiker gar keine Zeit bleibe, überhaupt erstmal seine Mei-

nung zu sagen. „Bei Ihnen muss man auf der Hut sein“, so Seehofer.

Man kenne sich seit nunmehr 30 Jahren, die jeweiligen Karrieren, seine politische und Oberreuters akademische, hätten sich parallel entwickelt, so Seehofer. „Wir wissen seit langem, was wir aneinander haben.“

Gleichzeitig sei ein Gespräch mit Oberreuter für einen Politiker immer „ein Selbsterhaltungskampf“. Im Übrigen wundere es ihn nicht, so

Seehofer, dass man Oberreuter mittlerweile als „das Orakel von Tutzing“ bezeichne – schließlich sei Orakel definiert als „göttliche Offenbarung“. Mindestens aber sei Oberreuter „ein Meister seines Fachs“, der sich in seinen Analysen nie politisch habe vereinnahmen lassen. Und einer, der sich in der rhetorischen Zuspitzung verstehe: „Das Publikum beklatscht eben das Feuerwerk, aber nicht den Sonnenaufgang.“...

Werner vom Busch in der „Mainpost“ vom 22. Oktober 2011:

„Der CSU die Welt erklärt“

Nach der launigen Rede des Ministerpräsidenten folgte sein künftiger Konkurrent um den Ministerpräsidentensessel, Münchens Oberbürgermeister, Christian Ude. Er nannte die Arbeit der Akademie „unverzichtbar in den Zeiten des Internets“ und Oberreuter als jemanden, „der der CSU die Welt und der Welt die CSU erklärt“. Gleichzeitig lobte auch Ude die parteipolitische Unabhängigkeit Oberreuters.

In seiner Abschiedsrede beklagte Oberreuter sorgenvoll die ständig abnehmende Präsenz politischer Bildung in den Schulen. Bei nur einer Stun-



Christian Ude

de Sozialkunde pro Woche in den Klassen 11 und 12 müsse man sich nicht wundern, „wenn das Politische so unverständlich und unverstanden beurteilt wird“. Doch Oberreuter lobte auch die Institution der Akademie für politische Bildung, die einmalig in Deutschland sei und sich großer Unabhängigkeit erfreue.

Diese zu erhalten, wird zukünftig seiner Nachfolgerin, der Münchner Professorin und Politikwissenschaftlerin Ursula Münch, obliegen. Sie wurde vom Kuratorium der Akademie als Nachfolgerin von Heinrich Oberreuter bestimmt und wird ihr Amt am 1. November antreten.

(siehe Bericht Seite 8)

Hans Otto Seitschek in DIE TAGESPOST vom 22. Oktober 2011:

Heinrich Oberreuter geht

... Hans Maier, ehemaliger bayerischer Kultusminister und seit 1988 Vorsitzender des Kuratoriums der Akademie, sprach in seinen Dankesworten von einer „Ära“, die zu Ende gehe, die „Ära Oberreuter“. In vielfältiger Weise habe dieser sich durch seine wissenschaftlichen und organisatorischen Leistungen für die Akademie in Tutzing und weit darüber hinaus verdient gemacht. Vielen Menschen sei er durch seine Präsenz in den Medien bekannt, die er insbesondere an Wahlabenden und in Diskussionsrunden dazu nutzt, in verständlichen Worten meist verzwickte politische Gemengelagen zu erklären...

Christian Deutschländer im MÜNCHNER MERKUR vom 17. Oktober 2011:

Der Erforscher der schwarzen Seele

Mitunter gibt es beim Starkbieranstich am Nockherberg kleine Bosheiten, die ärgern den Betroffenen. Da wäre zum Beispiel die Sache mit Heinrich Oberreuter. Als „der Unvermeidliche“ wurde er derbleckt, weil es keine Woche gibt ohne mindestens ein Interview in Print oder TV. Ärger? Ach wo. „Ich find's nett“, sagt er fröhlich. Aber was ihn wurmt, und zwar so richtig, ist etwas anderes: „Die Brauerei hält mich ja für sehr vermeidbar. Die hat mich noch nie eingeladen.“

Nein, so was mag er nicht, der Professor. Wo die Politik in Bayern tobt, da soll auch er sein. Keiner verfolgt die Szene seit Jahrzehnten so genau wie der Wissenschaftler. Wenige können komplizierte Abläufe innerhalb der Parteien so präzise in knackige FernsehStatements packen. Ministerpräsidenten kommen und gehen, der Passauer Politologe bleibt – kein Wahlabend ohne seinen Kommentar...



Prominente Gäste bei der Verabschiedung (von links): Bundesminister a.D. Theo Waigel, Bundesminister a.D. Hans-Jochen Vogel, Ministerpräsident a.D. Edmund Stoiber, Münchens OB Christian Ude und der Kuratoriumsvorsitzende Hans Maier

Gerhard Summer in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 18. Oktober 2011:

Der Direktor geht, das Orakel bleibt

Es war an diesem Montag viel die Rede von einer Institution im politischen Deutschland, vom Vordenker Oberreuter, der sich um die Demokratie und die Diskussionskultur verdient gemacht und Jahrzehntlang den guten Ruf der Akademie garantiert habe. 18 Jahre tat er das. Am 31. Oktober läuft Oberreuters Amtszeit aus. Ob die an diesem Abend stark vertretene CSU immer so viel Freude an den Kommentaren ihres Parteifreunds hatte, darf bezweifelt werden. Denn der Mann mit Multitasking-Talent und zeitweiligem 16-Stunden-Tag, der den Dreisprung zwischen Akademie, Lehrstuhl in Passau und Auftritten in Fernsehstudios hinbekam, machte aus seiner Sympathie für diese Partei zwar nie einen Hehl. Aber er beherzigte auch immer den Grundsatz, dass zutreffende Analyse nichts mit Sympathie zu tun hat.

Entsprechend deutlich fielen oft seine Statements zur CSU aus. Denn das ist, was Oberreuters Ruf als Politorakel vom Starnberger See und Dauerlieferant origineller Statements begründet hat: die Fähigkeit, prägnant zu sagen, was die Betroffenen lieber gewunden oder gar nicht hören wollen. Der Herr Professor redet Klartext. Zuweilen provoziert der gebürtige Breslauer auch einfach gern. In der CSU grummelte es deshalb öfters, angeblich waren Edmund Stoiber und auch Seehofer gar nicht angetan von einigen Oberreuter-Aussagen. Davon ist beim Abschied natürlich keine Rede, auch nicht von der einzigen wohl wirklich schmerzlichen Niederlage des Politologen: 2002 scheiterte seine Berufung an den Politik-Lehrstuhl am Geschwister-Scholl-Institut in München nach viel Wirbel.

Derselbe Autor schreibt auf „sueddeutsche.de“:

... Oberreuter selbst bezeichnete sich als „Wanderprediger“ zwischen Tutzing und den Unis Dresden und Passau. Der Personalratsvorsitzende Gero Kellermann nannte ihn einen „bunten Vogel“. Was sein Chef davon hielt, sich vertreten zu lassen, machte der dienstälteste Akademiedozent Michael Schröder klar: Einen Vertreter brauche er erst, wenn er im Koma liege, habe Oberreuter gesagt und übrigens immer fälschlicherweise von Betriebs- statt Personalrat gesprochen – das habe eher nach Betriebskampftruppe geklungen. Nun brauche er aber einen Stellvertreter, denn sein Geschenk könne sich Oberreuter nicht selbst überreichen: die von Schröder herausgegebene Festschrift „Demokratie unter Druck“...

(siehe Seite 10 und Seite 40)

DIE RUNDSCHEAU des BAYERISCHEN FERNSEHENS am 17. Oktober 2011:

Bayern im Wandel der Zeit

... Der Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter war in den vergangenen Jahren eine Art inoffizieller Hauptsachverständiger für bayerische, nationale und internationale Politik. Auch in der Rundschau war seine Meinung daher oft gefragt. Nun wird er nach 18 Jahren an der Spitze der Politischen Akademie in Tutzing in den Ruhestand verabschiedet.

Als Politikbeobachter hat Oberreuter eine Abschiedsbotschaft, die der CSU nicht unbedingt gefallen dürfte. „Die Modernisierung frisst ihre Väter, ganz eindeutig“, sagt er mit Blick auf die

gesunkenen Zustimmungswerte der CSU, die von der absoluten Mehrheit weit entfernt ist. Bayern habe sich sehr stark verändert – nicht zuletzt auch gerade wegen der Politik der CSU, analysiert der 1942 in Breslau geborene Wissenschaftler. „Im letzten Jahrzehnt sind 3,3 Millionen Menschen aus dem Bundesgebiet nach Bayern gezogen und 1,3 Millionen Ausländer.“ Der Nettozuwachs an Bevölkerung sei zwar viel niedriger, sagt Oberreuter – weil auch viele Zuwanderer wieder wegziehen, aber bei der Einwohnerschaft Bayerns gibt es eine sehr hohe Fluktuation.

„Diejenigen, die von außerhalb kommen, kann man nicht unbedingt mit dem Bayernstolz mobilisieren.“ Einen konservativen Rückwärtsschwenk hält Oberreuter für sinnlos: „Wenn ich regierungsfähige Fraktionen mit Wahlergebnissen von 30, 40 Prozent bilden will, muss ich wissen, dass ich die mit einer traditionellen Ausrichtung nicht mehr erreiche.“...

Stefan Mühlleisen interviewt in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 28. Oktober 2011 die neue Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Ursula Münch:

„Ich lasse mich in keine Schublade stecken“

... Frau Münch, Ihr Vorgänger Heinrich Oberreuter war mit Kommentaren zum Polit-Geschehen derart präsent, dass er „das Orakel von Tutzing“ genannt wird. Zählen Sie die öffentliche Polit-Deutung zu Ihren Direktoren-Pflichten?

Die Rollen als Wissenschaftler und Politik-Kommentator gehören für das Amt nicht zwingend zusammen. Heinrich Oberreuter hat das selbst immer deutlich getrennt. Aber natürlich wird die Akademie auch unter meiner Leitung nach außen hin sichtbar sein. Am Erhalt des hohen Niveaus – sowohl der Veranstaltungen als auch der Forschungsleistung – muss man täglich arbeiten.

Für Ihren Vorgänger hieß das, nahezu täglich in Print, Hörfunk und TV Einschätzungen und Prognosen zum Besten zu geben.

Ich sehe meine Aufgabe primär darin, durch politische Bildung einen Beitrag zur Stärkung der politischen Urteils- und Kritikfähigkeit der Menschen zu leisten. Dazu gehört auch, dass ich meine Einschätzungen geben werde, wenn man mich fragt. Allerdings muss man dazu die Gelegenheit haben, auch eine profunde Meinung zu entwickeln. Als Roland Koch als Ministerpräsident zurücktrat, bat mich gefühlte 90 Sekunden später eine Journalistin am Telefon um einen Kommentar. Ich habe mich damals entschlossen, zu sagen: Tut mir leid, ich habe gerade erst davon erfahren und muss erst darüber nachdenken.

Die Akademie sieht die politische Bildung als ihren Auftrag. Werden Sie andere Schwerpunkte setzen?

Die politische Bildung ist der in einem Landesgesetz festgeschriebene Kernauftrag der Akademie. An der grundsätzlichen Ausrichtung wird sich schon



Ursula Münch: „Vielleicht ist meine Wahl in dieses Amt ein Zeichen dafür, dass Frauen in solchen Positionen inzwischen zur Normalität geworden sind“

Foto: Haas

deshalb nichts ändern. Wie gewohnt werden wir Tagungen etwa zur Krise der Europäischen Union und Veranstaltungen über aktuelle Entwicklungen in den internationalen Beziehungen sowie Lehrerfortbildungsseminare fortsetzen. Darüber hinaus möchte ich junge Menschen für politische Themen interessieren und sie zur politischen Teilhabe motivieren. Ich denke, das ist angesichts der kontinuierlich sinkenden Wahlbeteiligung dringend nötig. Zusätzlich schwebt mir eine gewisse Ausweitung sozialpolitisch relevanter Themen vor, etwa zum Ver-

hältnis der Generationen zueinander oder auch zu den Bruchstellen nationaler und supranationaler Wirtschaftspolitik.

Wie wollen Sie die Leute locken? Die meisten jungen Menschen gehen heute lieber zu einer Demo, als sich drei Tage lang in einen Seminarraum zu setzen.

Das ist mit die größte Herausforderung. Die Menschen engagieren sich, doch es gibt eine zunehmende Distanz zur etablierten Politik. Es ist schwierig, Menschen dafür zu gewinnen, ihre Freizeit in einer Bildungseinrichtung zu verbringen – selbst wenn diese in so reizvoller Umgebung liegt. Es ist mir wichtig, auch darauf Rücksicht zu nehmen, dass sich die sozialen Gruppen kaum mehr mischen. Früher trafen sich die unterschiedlichen Schichten im Fußball- oder Schützenverein – Gelegenheit, auch andere Ansichten kennenzulernen. Heute gibt es kaum mehr Berührungspunkte zwischen den Milieus – und die Leute bestätigen sich gegenseitig ihr Weltbild. Die Akademie sollte deshalb auch ein Ort sein, wo sich unterschiedliche Gruppen zu bestimmten Fachthemen treffen.

Wie halten Sie es mit Ihrer politischen Präferenz? Ihr Vorgänger galt als CSU-nah.

Ich gehöre keiner Partei an. Für meine Arbeit lasse ich mich in keine Schublade stecken und halte es mit der Leitlinie der Akademie, in „Äquidistanz“ – also in gleichem Abstand – zu allen Parteien zu stehen. ...

(siehe Seite 3)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

J a n u a r

2-1 13. – 15. Januar

Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013

Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann / Frank Decker / Eckhard Jesse
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

3-1* 16. – 20. Januar

Fakultas Sozialkunde: Fachdidaktik

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien
4. Sequenz / 5. Lehrgang
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Manfred Schwarzmeier / Evelin Mederle
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Anmeldung über die Akademie Dillingen

3-2* 16. – 20. Januar

Der Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte – neuere Forschungen, Reflexionen zur Unterrichtspraxis

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Mayer / Siegfried Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Anmeldung über die Akademie Dillingen

4-1* 23. – 25. Januar

Entwicklungsarbeit im Spannungsfeld globaler Konflikte

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hausfrauen-Bund, Landesverband Bayern
Leitung: Anja Opitz / Hanne Egger
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

4-2* 25. – 27. Januar

Kreativ gegen Rassismus

In Zusammenarbeit mit der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München
Leitung: Michael Schröder / Chong-Sook Kang
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

5-1 30. Januar – 1. Februar

Der Staat – ein Kunstwerk?

Die Renaissancephilosophie und die Zukunft des Staats
Leitung: Michael Spieker / Manuel Knoll / Stefano Saracino
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

5-3* 31. Januar – 1. Februar

Immer gut beraten? Verbraucherinformation in Beratungsnetzwerken

In Zusammenarbeit mit dem VerbraucherService Bayern im KDFB e.V.
Leitung: Wolfgang Quaisser / Eva Traupe
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Anmeldung über VerbraucherService Bayern im KDFB e.V.

Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

F e b r u a r

5-2 2. – 3. Februar

Neu, gut, besser? Innovationen als Medienthema

In Zusammenarbeit mit der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Leitung: Michael Schröder / Andreas Schümchen

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

5-4 3. – 5. Februar

Entgrenzung der Moral

Die Wannsee-Konferenz als Erinnerungsort

Leitung: Michael Mayer

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

6-1* 6. – 10. Februar

Ethische Aspekte von Wirtschaft, Medien und Politik

Lehrerfortbildung der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

6-2* 6. – 10. Februar

Globalisierung und Entwicklungspolitik –

Beispiele aus Afrika, Asien und Lateinamerika

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Anja Opitz / Angelika Klemenz-Klebl

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über Akademie Dillingen

6-3 12. – 15. Februar

Tutzinger Didaktikforum

Planspiele in der politischen Bildung

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Michael Schröder / Detlef Dechant

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

9-1* 27. Februar – 2. März

Konflikt und Konfliktlösung in demokratischen Gesellschaften

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Barbara Keppler

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

M ä r z

10-1* 5. – 9. März

Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Oliver Laqua

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

10-2* 5. – 9. März

Sozialkunde an der FOS/BOS – der neue Lehrplan

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-1* 12. – 16. März

Japan und Australien

Unterschiedliche Wege der politischen und

wirtschaftlichen Entwicklung im asiatisch-pazifischen Raum

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Anja Opitz / Evelin Mederle

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-3* 12. – 14. März

Medienkunde und Medienpädagogik – Schülerseminar

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-4 12. – 15. März

2. Philosophische Studienwoche: Gerechtigkeit und Differenz

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

11-2 16. – 17. März

Parteien und Demokratie – Innerparteiliche Demokratie im Wandel

Leitung: Ursula Münch / Uwe Kranenpohl / Henrik Gast

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

12-2* 19. – 23. März

Minderheiten in Europa

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Mayer / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

12-3 23. – 25. März

Vernunft, Recht und Staat in Hinduismus und Buddhismus

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

13-3* 26. – 28. März

The Commonwealth

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut München

Leitung: Anja Opitz / Gabriele Rigó-Titze

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung Städtische Schulen über das PI, Andere direkt bei uns

13-2 29. – 30. März

Ökonomische Bildung im Gymnasium: Luxus oder Notwendigkeit?

In Zusammenarbeit mit dem Verband der Bayerischen Wirtschaftsphilologen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Birgit Hollerbach

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch hielt bei der Konferenz der Hanns-Seidel-Stiftung „Aufbruch in eine neue Zeit“ in München einen Vortrag zum Thema „Politische Bildung – Aktuelle Bedeutung und künftige Herausforderungen“. Beim Schul-Neujahrs-Empfang des Vereins der Freunde und Förderer des Schulumseums Nürnberg e.V. referierte sie über „Bildung – politische Bildung – Perspektiven“. Sie nahm teil an den Podiumsdiskussionen „Europas Frauen in Politik – Wirtschaft – Wissenschaft“ in der Hanns-Seidel-Stiftung und im Bayerischen Landtag bei der Fraktion der Freien Wähler zum Thema „Die Zukunft der Hochschulen. Zwischen Markt und Elfenbeinturm“.

DIREKTOR a. D.

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter sprach an der Akademie der Wissenschaften in Moskau über gesellschaftlichen Wandel als Herausforderung des deutschen Parteiensystems sowie in Brüssel über die Erosion von (Volks-)Parteien im gesamteuropäischen Rahmen. Beim deutsch-afrikanischen Stipendiatenaustausch in Seeon analysierte er das deutsche Regierungssystem. In München referierte Oberreuter auf der internationalen Konferenz „The relations between the EU and Russia from a German perspective – expectations with regard to the upcoming elections“ und anlässlich des 40. Jubiläums der Thomas-Dehler-Stiftung über die „Bedeutung politischer Bildung in einer offenen Gesellschaft“. In Berlin diskutierte er bei der Veranstaltung „Denken für morgen“ die Verantwortungsfähigkeit in Gesellschaft und Politik, im Kloster Andechs im Rahmen der Reihe „Reden zwischen Himmel und Erde“ die Frage „Schulden ohne Ende – wer zahlt unser Leben auf Pump?“. Bei der Jahresversammlung der Görres-Gesellschaft in Trier sprach er über die „Krise der Demokratie?“, in Tutzing über Herausforderungen der Politik- und Parteienlandschaft sowie beim 10. Internationalen Symposium der Stiftung Ettersberg in Weimar über die Rolle der „neuen“ und „alten“ Länder im deutschen Bundesstaat. Oberreuter wurde zum Präsidenten des Kuratoriums der Europäischen Wochen Passau gewählt.

BEIRAT

Adalbert Brunner, von 1977 bis 1989 Mitglied des Beirats, konnte am 20. September 2011 seinen 90. Geburtstag feiern. Wir gratulieren nachträglich herzlich und wünschen vor allem weiterhin eine gute Gesundheit. Brunner ist Gründungsmitglied des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und war von 1970 bis 1978 Landtagsabgeordneter für die SPD.

KOLLEGIUM

Dr. Ondrej Kalina sprach anlässlich der Jahrestagung der Görres-Gesellschaft in Trier in der Sektion für Politische Wissenschaft und Kommunikationswissenschaft über „Demokratie ohne Demos? Vom Mythos der Demokratie in der Europäischen Union“. Im Wintersemester 2011/12 gibt er als Lehrbeauftragter am Jean-Monet-Lehrstuhl für European Studies der Universität Passau ein Seminar zum Thema „Brennpunkt Europäische Währungsunion: Krisenursachen, Herausforderungen und Folgen“.

Dr. Gero Kellermann wurde zum Vorsitzenden des Personalrats wiedergewählt.

Dr. Stefan Köppel hat im September 2011 die Akademie verlassen, um sich einer neuen beruflichen Herausforderung zu stellen. Er war seit 2005 Persönlicher Referent des Direktors, seit 2010 Wissenschaftlicher Assistent für den Themenbereich „Gesellschaftlicher Wandel“. Wir danken ihm für seine engagierte und stets kollegiale Mitarbeit und wünschen für die berufliche Zukunft und privat alles Gute.

Dr. Michael Schröder war Podiumsteilnehmer beim 50. Mediengespräch des BayernForums der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Bayern im Wandel“ in München.

Dr. Michael Spieker hält an der Universität Freiburg im Wintersemester einen Lehrauftrag über „Glück und Glückseligkeit“ ab. In Obermarchtal referierte er über Veränderungen des Gerechtigkeitsbegriffs und in Achatswies über den Begriff der Glückseligkeit in der antiken Philosophie. In München nahm er an einer Podiumsdiskussion des Bayerischen Instituts für Migration teil. In Würzburg moderierte er das erste Treffen der Behindertenbeauftragten bayerischer Hochschulen und Universitäten und in Nürnberg leitete er einen Fachtag über den Bayerischen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Sabine Wernet, Rechtsanwältin, Senatorin a.D. und Wissenschaftliche Assistentin der Akademie von 1981 bis 1993, ist im Juni 2011 verstorben. Am 1. November wäre sie 60 Jahre alt geworden. Wir trauern mit den Hinterbliebenen und werden ihr Andenken in Ehren halten.